

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Saden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Gebr. Hempel, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abbestellungspreis: 3 Monate 10 Mk., 6 Monate 18 Mk., 1 Jahr 32 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Telegraphische Adressen: Dresden Nr. 1268

Schriftleitung: Wetzlarer Platz 10, Dresden
Verlagsleitung: Wetzlarer Platz 10, Dresden
Telegraphische Adressen: Dresden Nr. 1268

Abbestellungspreis: 3 Monate 10 Mk., 6 Monate 18 Mk., 1 Jahr 32 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
Telegraphische Adressen: Dresden Nr. 1268

Nr. 275

Dresden, Freitag den 26. November 1926

37. Jahrg.

Die Partei der Spießer

Die in letzter Zeit in den verschiedenen Teilen des Reiches erfolgten Wahlen haben bewiesen, daß eine gewaltige politische Umwidmung im Bürgertum im Gange ist, deren weittragende vor allem die Deutschnationalen sind. Das ist zum einen erklärlich, denn die Weimar-Partei hat ihren Wähler eine Reihe schwerster Enttäuschungen gebracht, teils materieller, teils materieller Art. Sie hat in der letzten Zeit ihrer Beteiligung an der Regierung nicht das geringste getan um die Versprechungen einzulösen, mit denen sie in der Opposition so freigebig herumwarf. Sie dachte lediglich daran, im Interesse einer dünnen Schicht von Großagrariern und Schwerindustriellen Hochschutzzölle durchzusetzen, verriet aber ebenso schamlos ihr Aufwertungsprogramm wie ihre wieder angeführte „nationale Außenpolitik“. Die „Wiederherstellung“ der Verträge von Locarno und das Ergebnis einer Regierungspolitik, die von den Deutschnationalen als Koalitionspartei acht Monate lang bewußt gebilligt und unterstützt wurde.

Wohin wenden sich nun die Millionen von betrogenen und enttäuschten deutschnationalen Wählern aus dem Jahre 1924? Ein Teil ist zunächst zweifellos in das Lager der Nationalisten gestoben. Die in sich gespaltenen Wähler haben jede Anziehungskraft verloren und außerdem verfügen sie nicht mehr wie früher über reichliche Geldunterstützungen der großkapitalistischen Kreise, so daß ihre Propagandamöglichkeiten stark gekürzt sind. Ein Teil der früheren deutschnationalen Stimmen, besonders aus dem flachen Lande, dürfte der Sozialdemokratie zugute kommen. Auch die Deutsche Volkspartei, ja sogar die Kommunisten erhoffen Zugang aus den Reihen der deutschnationalen Wähler. Ziel wird bei den nächsten Wahlen eine „Aufwertungs-Partei“, im Gegensatz zu 1924, wo noch die meisten Nationalistengeschiedenen blindlings den Deutschnationalen verstanden, ansehnliche Erfolge erzielen. Darauf deutet die Zahl von rund 100 000 Stimmen, die von der Aufwertungs-Partei unter Führung des Grafen Bodadowitz bei den jüngsten sächsischen Wahlen erzielt wurden — fünfmal so viel, als bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 in den drei sächsischen Wahlkreisen erlangt hatte.

Die sächsischen Landtagswahlen lenken aber auch die Aufmerksamkeit auf den beträchtlichen Anstieg einer anderen Partei, die noch vor vier Jahren kaum beachtet wurde und die sich in letzter Zeit offenkundig zu einem wichtigen parlamentarischen Faktor der nächsten Zukunft gestaltet. Die Wirtschaftspartei hat in Sachsen rund 240 000 Stimmen erhalten gegen 124 000 im Dezember 1924 und nur 100 000 bei den Landtagswahlen von 1922. Das sind Zahlen, die zu denken geben, auch wenn die sächsischen Verhältnisse diesen Aufschwung der Wirtschaftspartei besonders begünstigt haben sollten. In Mecklenburg hatte die Wirtschaftspartei bei den letzten Landtagswahlen ebenfalls einen beachtlichen Zuwachs erfahren. Es ist offenkundig, daß die Wirtschaftspartei gegenwärtig die hauptsächlichste Ruhestütze der deutschnationalen Wählerflucht ist. Das erklärt sich schon aus dem Wesen dieser Partei: sie befürchtet auf die Entfaltung des Kleinbürgertums, auf seine politische Mündigkeit, sie läßt bewußt die großen politischen Fragen in den Hintergrund treten und appelliert nur noch an die materiellen Instinkte des Spießers. Dadurch wird sie zum Sammelpunkt aller derer, die einstmalig an die inner- und außenpolitischen Ideale der Deutschnationalen geglaubt haben und die nun von Politik nichts mehr wissen wollen, sondern lediglich die Erfüllung ihrer materiellen Spezialwünsche erstreben. In dieser Hinsicht hat die Wirtschaftspartei, obwohl im Reichstag bisher nur verhältnismäßig schwach vertreten — sie hat Fraktionsstärke überhaupt erst durch ein Zusammengehen mit den vier bayerischen Bauernpartei und den vier Welfen erlangt — eine unbestreitbare Minderheit und Konsequenz erlangt. Ihr Horizont beschränkt sich auf die Interessen der Bäckermeister, Hausbesitzer, Hoteliers, Gastwirte usw. Dabei müßte sie die Verantwortlichkeit der bürgerlichen Mitte, die Schwierigkeit der Wehrbildung und überhaupt die Charakterlosigkeit der bürgerlichen Parteien geschickt aus, um das politische Gewicht ihrer 20 Stimmen im Sinne der Bäckermeisterforderungen zu verwerfen.

Die Wirtschaftspartei rechnet bei den künftigen Wahlen mit einem sehr starken Zuwachs. Einer ihrer Führer erklärte kürzlich, es würden in den nächsten Reichstag etwa 50 Wirtschaftsparteiler einziehen. Das mag zwar stark übertrieben sein, aber das sächsische Wahlergebnis läßt solche hochachtbare Erwartungen erklärlich erscheinen. Parteipolitisch betrachtet, braucht die Sozialdemokratie keine großen Schwierigkeiten darüber zu machen. Es könnte ihr sogar nur recht sein, wenn durch die Stärkung der Wirtschaftspartei auf Kosten der Deutschnationalen und wohl auch der Deutschen Volkspartei die Zerstückelung und die Geamtheit im bürgerlichen Lager zunehmen. Aber von einer höheren Warte gesehen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß sich ein Übergroßer Auftrieb der ausgesprochenen Spießer-Partei, die nichts anderes erstrebt als die Befriedigung der schmalsten Tagesinteressen einzelner Verufe, eine große Gefahr für das Volksganze in sich birgt. Es droht nämlich eine noch größere politische Verflüchtigung des deutschen Bürgertums und wir wissen ja zur Genüge, wohin unter dem alten Regime diese politische Unreife Deutschland

geführt hat. Solche politische Ideale, die man im offenen Wettstreit der Weltanschauungen bekämpfen kann, sind uns Sozialdemokraten immer noch lieber als gar keine Ideale. Deshalb müssen wir unser Augenmerk bei den politischen Kämpfen der Zukunft in erhöhtem Maße auch auf die Wirtschaftspartei wenden. Es neigen ihre zahlreiche Elemente zu, die ihrer wirtschaftlichen Lage entsprechend zu und gehören. Der sogenannte bürgerliche Mittelstand, aus dem sie sich zum großen Teil rekrutiert, ist in Wirklichkeit nur noch eine Fiktion. Der Mittelstand ist längst proletarisiert, wenn er es auch nicht wahr haben will und aus traditionellem bürgerlichen Dünkel einer Gemeinschaft mit der wirtschaftlichen Bevölkerung widersteht. Hier muß die Auffklärung durch die Sozialdemokratie einleiten und dabei sind sowohl die politischen wie die materiellen Gesichtspunkte hervorzuheben.

Eine nähere Betrachtung der Wirtschaftspartei ergibt z. B. sofort, daß sie keine dauerhafte Erscheinung sein kann. Die materiellen Interessen, die sie zu vertreten vorgibt, widersprechen sich gegenseitig allzu scharf: Wie kann man die Wünsche der Hausbesitzer mit denen der Ladeninhaber, die Interessen der Hoteliers mit denen der ruinierten Kleinbürger auf die Dauer vereinbaren? Auch die Wirtschaftspartei wird also über kurz oder lang dem von ihr bekämpften Beispiel der Deutschnationalen folgen müssen und ihre Wähler betrogen und enttäuschen. Ihr Aufschwung ist nur eine Konjunkturercheinung, eine Folge der politischen Mündigkeit und Unreife des Bürgertums. Gerade die Sozialdemokratie kann durch die Aufdeckung dieses widersprüchlichen Wesens nur gewinnen.

Faschistendiktatur in Prag

Die tschechische Polizei als Knecht Mussolinis

B. Prag, 26. November. (Eig. Funkdruck.) Am Donnerstagabend sollte Angelika Balabanowa, die bekannte ursprünglich russische Bekämpferin des italienischen Faschismus, in einer öffentlichen, von der deutschen Sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlung, über: „Italien, Mussolini und der Faschismus“ sprechen. Schon im Laufe des Tages war sie auf der Polizeidirektion einem Verhör unterworfen worden, und beim Betreten des Versammlungssaales wurde ihr von zwei Regierungsvertretern mitgeteilt, daß sie nichts Politisches über Italien sagen dürfe. Schon beim einleitenden Satz ihres Vortrages wurde sie bei einer Kennzeichnung des Faschismus unterbrochen und verwarnet. Die zweite Unterbrechung erfolgte beim zweiten Satz, als sie über die Friedhofszuflucht sprach, die über Italien

lagert. Der Regierungsvertreter teilte der Versammlung mit, daß er von der Polizeidirektion den Auftrag habe, in der Versammlung kein politisches Wort über Italien sprechen zu lassen. Unter ungeheurer Empörung der Anwesenden, unter denen sich führende deutsche und tschechische Sozialdemokraten befanden, löste er die Versammlung auf. Wenige Minuten später drangen etwa 30 bewaffnete Polizeibeamte in den Saal und räumten ihn. Den Versammlungsteilnehmern wurde jedoch von der Zeitung mitgeteilt, daß anschließend im tschechischen Volkshaus eine Versammlung für geladene Gäste stattfinden würde. Auch dort drang ein Vertreter der Polizei ein, um jedoch nach einem Verhör der Versammlungsgleitung abzugehen. Dann hielt die Genossin Balabanowa ihre Referat.

Stresemanns Zeitungstau

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstags folgende Antrag eingebracht: „Der nach Mitteilung des Reichsaussenministers am April d. J. getätigte Ankauf der Deutschen Allgemeinen Zeitung ist mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen und der dadurch zurückfließende Betrag dem Etat wieder einzufügen.“

Die DZ-Affäre sollte am Freitag anläßlich der Beratung des Reichstages, soweit er das Auswärtige Amt betrifft, mit erörtert werden. Infolge Krankheit des Reichsaussenministers Dr. Stresemann mußten diese Beratungen jedoch vorläufig vertagt werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion setzte deshalb die Erörterungen der DZ-Affäre ebenfalls von ihrer geistigen Tagesordnung ab. Sie wird sich mit ihr befassen, sobald die Beratung des Reichstages (Auswärtiges Amt) angefaßt ist.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion besaß sich am Donnerstag in einer mehrtägigen Sitzung mit der politischen Lage. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Meineidsanktifier Ehrhardt

D. Berlin, 26. November. (Eig. Funkdruck.) Kapitän Ehrhardt hat durch seinen Rechtsanwalt gegen den preussischen Minister des Innern, Genossen Grzesinski, Strafantrag wegen „verleumderischer Verleumdung“ stellen lassen. Die Verleumdung erblickt Ehrhardt darin, daß in der Denkschrift der preussischen Regierung die gerichtlichen Tatsachen wiedergegeben worden sind, daß nämlich gegen Ehrhardt seinerzeit ein Verfahren wegen Meineids eingeleitet worden sei, und daß im Falle der Prinzessin Hohenlohe die Anstiftung zum Meineid durch Kapitän Ehrhardt erweisen sei. Das sind Tatsachen, die Ehrhardt auch nicht durch einen Verleumdungsprozeß aus der Welt schaffen kann. Sein Strafantrag gegen den preussischen Minister des Innern ist eine leere Demonstration, da der Durchführung der Klage die Immunität Grzesinskis entgegensteht. Das weiß Ehrhardt und sein Anwalt.

Die treuen Fridoline

Die erste Landtagsfraktion

Gestern gab der Landtag bei vollem Hause seine erste Vorstellung. Es fehlen viele bekannte Gesichter. An ihre Stelle sind Neulinge getreten, die sich in dem parlamentarischen Betriebe noch nicht recht sicher zu fühlen scheinen. Das gilt besonders für die Mannen der neuen Parteien, die keinen einzigen Abgeordneten mit parlamentarischer Erfahrung unter sich haben.

Auf der äußersten Rechten sitzt der nationalsozialistische Herr v. Mücke mit seinem einen Kompanion. Dann kommen die Deutschnationalen, und vor ihnen sitzt die Wirtschaftspartei, zu deren Linken die Deutsche Volkspartei Platz genommen hat. Dann folgen vorn auf den ersten beiden Bänken die fünf Demokraten, und hinter ihnen sitzen die vier Aufwertungsleute. Die sogenannte Alte Sozialdemokratische Partei reicht mit einem Mann auf die rechte Seite des Hauses hinüber, während die drei anderen den äußersten rechten Flügel der linken Hälfte bilden. Gleich die erste Sitzung zeigte, wie eifrig die vier Leute von der ASPS. sich zu zeigen bemühen, daß sie sich in diesem Landtag als willige Helfershelfer der bürgerlichen Parteien bewähren wollen. Die Sozialdemokratie, der größten Partei des Landtages, konnte freilich niemand den Anspruch auf den Präsidentenposten streitig machen, um so mehr, als in dem Genossen Schwarz ein Kandidat präsentiert wurde, der auch beim bürgerlichen Gegner die höchste Achtung genießt.

Auf den Posten eines ersten Präsidentenstellvertreters konnten die Kommunisten und Deutschnationale Anspruch erheben, die beide mit 11 Mandaten nächst der Sozialdemokratischen Partei über die stärksten Fraktionen im Landtag verfügen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte für den kommunistischen Kandidaten Lieberich, während die vier Mann von der ASPS. sich auch hier bereits zu den Bürgerlichen schlugen. Geradezu toll aber war das Verhalten dieser vier bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten. Nachdem als erster Vizepräsident ein Deutschnationaler gewählt war, konnte es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß den Kommunisten nach parlamentarischem Brauch der Posten des zweiten Vizepräsidenten gebührte. Aber da erhob sich zur Freude der Reaktionskräfte der „alte bewährte Parteigenosse“ Robert Birth und erklärte, daß er die Wahl eines kommunistischen Vizepräsidenten nicht auf sein Gewissen

nehmen könne, die Kommunisten seien ja Gegner des Parlamentarismus. Als es aber die Wahl eines deutschnationalen Vizepräsidenten galt, da zerbrachen sich die Birth und Kommunisten nicht den Kopf darüber, ob man einen Gegner des Parlamentarismus zum Vizepräsidenten wählen dürfe.

Erinnern sich die vier Leute wirklich nicht mehr der Zeit, in der man in den Parlamenten die Vertreter der Sozialdemokratie zurücksetzte und sie von den Präsidentenposten ausschloß? Dieselben jämmerlichen Methoden der Zurücksetzung und Vergewaltigung, die die Sozialdemokratie früher am eigenen Leibe zu spüren bekam, wenden jetzt die sogenannten Alten Sozialdemokraten gegen die Kommunisten an und dabei begreifen sie nicht einmal, daß sie den Kommunisten nur einen Gefallen tun. Haben doch auch die Unterdrückungs- und Vergewaltigungsmethoden der Gegner in früherer Zeit unserer Partei genügt.

Hätte es bei der Vizepräsidentenwahl geklappt, so ging bei der Schriftführerwahl die Sache schief. Infolge der Zerstückelung der bürgerlichen Stimmen wurden zwei Angehörige der Linken, Rucker und Lieberich, gewählt, während der von der Wirtschaftspartei aufgestellte Herr Grohmann durchfiel. Bei der Wahl der vier stellvertretenden Schriftführer erhielt keiner der aufgestellten sechs Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, und da man sich über die Auslegung der Geschäftsordnung nicht einigen konnte, wurde die ganze Geschichte vertagt.

Das Verhalten der vier Leute von der ASPS. ist offenbar ein Vorbild für das, was wir in diesem Landtag erleben werden.

In seinem Vortrage belehrt Herr Riefisch seine Zeitgenossen zum soundsovielten Male, daß von der Großen Koalition alles Peil komme. Dabei führt er u. a. folgendes aus:

Man soll nicht gewaltfam die Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterchaft aufreißen; man soll nach Möglichkeit die bestehenden Gemeinsamkeiten zwischen den Massen betonen und herausarbeiten; in der Großen Koalition hätte sich das erreichen lassen.

Es scheint, daß es der Graciz des Herrn Riefisch ist, der Welt jeden Tag von neuem zu zeigen, daß er und seine Leute auch alles vergessen haben, was sie einmal als Sozialdemokraten vertrat. Wir haben schon oft betont, daß wir

nicht etwa grundtätig gegen eine Koalition mit bürgerlichen Parteien und weil wir glauben, daß es unter bestimmten Umständen im Interesse des Proletariats liegen kann, daß die Sozialdemokratie in eine Koalitionsregierung eintritt. Nichts aber singt das alte, wohlbekannte Lied von der Volksgemeinschaft, das uns schon so lange von gewissen bürgerlichen Apologeten gesungen wird. Die Arbeiterschaft soll auf ihre verruchten Klassenkampfideen verzichten, damit die Besitzenden desto rücksichtsloser ihren Klassenkampf gegen das Proletariat führen können. So wollen es die Herren vom Kapital und ihre getreuen Fridoline vom Schloße der Niefisch und Kompanie.

Am Dienstag ist Ministerpräsidentenwahl. Nach dem, was wir gestern erlebten, muß man damit rechnen, daß auch bei dieser Gelegenheit die vier den Bürgerlichen ebenso treue Dienste leisten werden, wie gestern bei der Vizepräsidentenwahl.

Abgeordnete und Verantwortlichkeit Zur Aenderung des Reichspressgesetzes

Von Walter Victor, Weidau

Dem Reichstag liegt seit wenigen Tagen ein Gesetzentwurf vor, mit dem das Reichspressgesetz vom Jahre 1874 abgeändert werden soll. Es handelt sich hierbei um die oft diskutierte Tatsache, daß Abgeordnete als verantwortliche Redakteure zu gelten und damit die fragliche Zeitung oder Zeitschrift dem Zugriff der Justiz in den allermeisten Fällen entziehen. Die Parlamente haben gewöhnlich die Immunität der Abgeordneten nicht auf, wenn es sich um im politischen Kampf erfolgte Delikte handelt, und so haben sich gewisse Organe extremer Richtung (rechts und links) die Tatsache zunutze gemacht und verletzliche Angriffe, Verleumdungen u. a. m. unter dem Schutze der Immunität verantwortlicher Redakteure begangen. Das hat den Gesetzentwurf veranlaßt, nach dem nun in Zukunft als verantwortlicher Redakteur einer periodischen Zeitschrift niemand zu gelten darf, der nach gesetzlicher Vorschrift nicht oder nur mit besonderer Genehmigung verfolgt werden kann.

Dieser Gesetzentwurf hat natürlich einen berechtigten Kern. Denn es ist, wenn auch begreiflich, so doch Tatsache, daß politische und kommunistische Blätter Abgeordnete haben verantwortlich gelassen, die in Wahrheit nicht mehr mit der Zeitung zu tun hatten, als daß sie unbescheiden ihren Inhalt deckten. Das ist ganz gewiß ein Mißbrauch des Mandats, der verhindert werden muß, wie überhaupt die Anonymität der Presse ihre Schwächen hat und wie es eine moralische Forderung ist, daß jeder für das einst, was er tut oder behauptet, tragbar bleibt. Wie man das erlöschende Ziel erreicht, ohne den einen Fehler durch einen neuen zu ersetzen.

Zwei Bedenken gegen den Gesetzentwurf müssen daher so früh als möglich ausgesprochen werden. Das eine richtet sich gegen die offenkundige Justizsetzung, ja Entziehung, die die Blätter der Reichstags- und Landesparlamente sind. Es gibt eine große Anzahl von Abgeordneten fast aller Parteien, die im journalistischen Beruf nicht nur stehen, sondern auch trotz ihrem Mandat ständig tätig sind. Was wird mit ihnen? Ihnen nimmt der Gesetzentwurf einfach die Möglichkeit, vor der Öffentlichkeit als Redakteure ihres Wortes offen zu stehen, sie sind gezwungen, einen Strohmännchen für das verantwortlich zu zeichnen, was sie selbst geschrieben haben! Ist damit der Gerechtigkeit gedient? Im Gegenteil! Jetzt wird erst recht in jedem solchen Fall ein Unschlichter und Uninteressierter, der „Strohmann“ feiert auf dem Weg über die Reichsregierung seine persönlichen Urteile! Das kann unmöglich der Wille des Gesetzgebers sein. Gerade vom Gesichtspunkt publizistischer Moral aus muß dem Abgeordnetenjournalisten das Recht verbleiben, sein Wort verantwortlich zu schreiben.

Das zweite Bedenken richtet sich dagegen, daß der vorliegende Gesetzentwurf nur für „periodische“ Druckschriften Geltung bekommen soll. So geht das nun gar nicht! Ein Beispiel nur. Im Wahlkampf des Reichstages dieser Zeiten sind in vergangenen Wahlkämpfen deutsche nationale Flugblätter erschienen, die von den gemeinsamen Vereinen und Versammlungen trugen, sogar von solchen, die sich gegen verlorene Mitglieder von Regierungen und auch gegen Ober richteten. Sie wurden einfach von einem deutschen nationalen Abgeordneten geschrieben und waren somit durch die Justiz unerschütterlich. Und das soll erlaubt bleiben? Nachdem er jahrelang im Wahlkampf am meisten gelogen wird, wäre das ganze Gesetz illusorisch, wenn es nur „periodische“ Druckschriften und nicht auch einmalige, nicht periodische umfaßt. Wir meinen, das sollte ohne weitere Begründung plausibel sein.

Alles in allem: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sollte sich sehr ernstlich gegen eine solche Regelung wenden, wie sie der Entwurf vorsieht, der in seiner Art ein würdevolles Gegenstück ist zum Schund- und Schmutzgesetz.

Der Kampf um das Arbeitsgerichtsgezet

Aus dem Reichstage wird uns mitgeteilt:

Bei der Weiterberatung des Arbeitsgerichtsgezet wurde die Reichsregierung im sozialpolitischen Ausschusse, abgesehen vom Zentrum, wiederholt und abwechselnd von den eigenen Regierungsparteien im Stich gelassen. Zunächst wollte die Deutsche Volkspartei in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen die Gerichtsbarkeit in Arbeitsfachen vollkommen den arbeitsrechtlichen Gerichten ausliefern. Sie blieben indessen in der Minderheit. Ihre Anträge, um die Erstinstanzgerichte von den Arbeitsgerichten wegzunehmen, wurden zurückgestellt, weil die Gewerkschaften der Reichstag gehört werden sollten. Gegenüber dem Antrag der Sozialdemokratie auf Einbeziehung der Schlichtungsstellen machte die Regierung geltend, daß diese ganze Materie in der in Vorbereitung befindlichen Seemannsordnung geregelt werden soll; eine Annahme ist auch hier noch nicht erfolgt.

Ein Antrag der Regierungsparteien, Streitigkeiten von wirtschaftlichen Vereinigungen mit ihren Mitgliedern aus der Zuständigkeit der Arbeitsgerichte herauszunehmen, wurde mit Mehrheit angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, Streitigkeiten aus dem Reichsverordnungsgezet und des Schwerbeschäftigtengezet einzubeziehen, fand keine Erledigung in einer Regierungs-erklärung, dahingehend, daß alle Lohnfragen, auch soweit es sich um Schwerbeschäftigte handelt, unter die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte fallen. Zu § 8 stimmten Deutsche Volkspartei, Volksliste und Kommunisten gemeinsam für die Übernahme aller Klagen auf das Reich, obwohl die Landes Träger der neuen Gerichtsbarkeit sind. Diese sonderbare Koalition blieb in der Minderheit.

Eine recht lebhaft Debatte lösten alsdann die Demoskenten, vertreten durch Abg. Dr. Fischer, aus, indem sie mit aller Leidenschaft entgegen den Beschlüssen erster Lesung die Zulassung der Rechtsanwältin in erster Instanz für alle berufsfähigen Streitfälle und den Rechtsanwaltszwang in zweiter Instanz forderten. Abg. Kaufhäuser (Soz.) konnte nachweisen, daß dieser Antrag für die Arbeiter und Angestellten noch schlimmer wirken dürfte als eine generelle Zulassung der Rechtsanwältin. Auch wandte er sich mit aller Entschiedenheit gegen die Sumulung, daß in zweiter Instanz bei dem gewünschten Rechtsanwaltszwang die wirtschaftlichen Verbände nur noch angehört werden sollen. Es geht gerade nicht von besonderem demokratischem Gesinnung, daß man die Partei des Abg. Dr. Fischer glaube, den Artikel

104 der Reichsverfassung unwirksam machen zu können. Auch der Vertreter der preussischen Regierung setzte sich mit allem Nachdruck für den deuffinationalen Antrag ein, der in diesem Falle im wesentlichen dem Inhalt des demokratischen Antrags entspricht. Die Arbeitnehmervertreter der Demokratischen Partei waren diesmal nicht anwesend. Die Deutschnationalen, Demokraten und Deutsche Volkspartei blieben aber erfreulicherweise in der Minderheit. Von den Regierungsparteien war auch in dieser entscheidenden Abstimmung nur noch das Zentrum für die Vorlage der Regierung eingetreten.

Bei § 12, der die Gebühren regelt, ist gegen die Stimmen der Arbeiterparteien eine wesentliche Verschlechterung beschlossen worden, und zwar darauf, daß die billigen Gebühren des Arbeitsgerichts nur noch in der unteren Instanz Geltung behalten, in der Berufungs- und Revisionsinstanz jedoch das allgemeine Gerichtsverfahren maßgebend sein soll. Die Reichsparteien versuchten auch bei den Bestimmungen über die Verwaltung und die Dienstausführung die Mitbestimmung der wirtschaftlichen Verbände, wie sie in erster Lesung beschlossen war, wieder umzusetzen, konnten aber seine Mehrheit auf ihren Antrag vereinigen.

Der Entwurf eines Notgesetzes zur Verlängerung der Arbeitszeit, den die Gewerkschaften als Grundlage für ein Initiativgezet den Parteien des Reichstages zugeleitet haben, ist von der Rechten ohne durch Verhandlungen einiger Paragraphen aus dem Zusammenhange in entstellter Form veröffentlicht worden. Damit die Arbeiterschaft sich selbst ein Bild über die Vor schläge machen kann, geben wir zusammen mit einigen notwendigen ergänzenden Bemerkungen den Entwurf im Wortlaut wieder: Die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 ist wie folgt zu ändern:

§ 2 erhält folgenden Wortlaut: Für Gruppen von Arbeitnehmern, bei denen regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft vorliegt, kann nur durch Tarifvertrag eine vom § 1 Satz 2 und 3 abweichende Regelung getroffen werden.

Was als Arbeitsbereitschaft zu gelten hat, bestimmt der Reichsarbeitsminister durch eine Ausführungsbestimmung.

§ 3 kommt in Wegfall (d. h. Beseitigung des Rechts der Unternehmer, an 30 seiner Wahl überlassenen Tagen im Jahr Mehrarbeit bis zu zwei Ueberstunden zu vereinbaren).

§ 4. Die für den Gesamtbetrieb zulässige Dauer der Arbeitszeit kann durch Tarifvertrag für weibliche und jugendliche Arbeitnehmer um höchstens eine Stunde für männliche Arbeitnehmer über 16 Jahre um höchstens zwei Stunden täglich in folgenden Fällen überschritten werden: 1. bei Arbeiten zur Bewachung der Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandhaltung, durch die der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist; 2. bei Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme oder Aufrechterhaltung des vollen Betriebes arbeitsrechtlich abhängt; 3. bei Arbeiten zum Be- und Entladen von Schiffen in Häfen und zum Be- und Entladen sowie zum Verschleppen von Eisenbahnwagen, soweit die Mehrarbeit zur Vermeidung oder Verhütung von Verkehrshindernissen oder zur Aufrechterhaltung der gesamten Kadestellen notwendig ist; 4. bei der Aufrechterhaltung der vorstehend unter Nummer 1 bis 3 aufgeführten Arbeiten.

Soweit der Tarifvertrag die Einzelheiten nicht regelt, sind sie mit der Betriebsverwaltung zu vereinbaren. Kommt eine Einigung nicht zustande, oder besteht keine Betriebsverwaltung, so ist der gesetzliche Schlichtungsausschuss anzurufen, der bindend im Rahmen der Bestimmungen des Tarifvertrages die notwendige Ueberarbeit bestimmt.

§ 5 kommt in Wegfall. § 6 kommt in Wegfall. (Auf Grund dieser beiden Paragraphen kann durch Tarifvertrag oder, falls ein solcher nicht besteht, durch behördliche Anordnung (Gewerbeaufsicht)

Kleine politische Nachrichten

Umwandlung der Todesstrafe im Panier-Prozess
Amlich wird mitgeteilt: Das preussische Kabinett hat beschlossen, die in der Strafsache gegen Schirmann und Genschel (Renemord Panier) gegen Venn, Stein, Hohenkamp und Schirmann verhängten Todesstrafen in Zuchthausstrafen umzuwandeln, und zwar bei Venn in lebenslängliche, bei Stein eine 15jährige, bei Hohenkamp und Schirmann in eine 10jährige Zuchthausstrafe.

Keine Höckersteuer in Berlin
D. Berlin, 26. November. (Vgl. Junfpruch.) Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß am Donnerstag, die Steuer über die Hebung der Höckersteuer, die von 1 Uhr nachts erhoben werden sollte, soll also diejenige, die nach 1 Uhr nachts in den Kneipen „hocken“, eine Höckersteuer, die bei Begehung der Bege, als Luitungssteuer, erhoben werden sollte.

Das Notgesetz

Forderung der Gewerkschaften zum Achtstundentag

eine regelmäßige Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 10 Stunden täglich vorgenommen werden.

§ 7 erhält folgende Fassung: Eine Uebersteigerung der von § 1 Satz 2 und 3 festgesetzten Grenzen ist für Gewerkschaften oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Umständen für Leben oder Gesundheit arbeiten, insbesondere für Arbeiter im Bergbau oder unter Tage sowie für Arbeiter, die in außerordentlichen Fällen der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen oder der Befahrung durch Schenklöcher ausgesetzt sind, unzulässig. Der Reichsarbeitsminister bestimmt, für welche Gewerkschaften oder Gruppen von Arbeitern diese Beschränkung Maß steht.

§ 9 erhält folgende Fassung: Die Arbeitszeit darf auch bei Anwendung der in den vorangehenden Paragraphen zulässigen Ausnahmen einschließlich der Arbeitsbereitschaft zehn Stunden täglich nicht überschreiten. Die sonstigen gesetzlichen Vorschriften über den Schutz der Arbeitnehmer, insbesondere der weiblichen und jugendlichen Arbeitnehmer, bleiben unberührt.

Weibliche Arbeitnehmer sind auf ihren Wunsch während der Schwangerschaft und der Stillzeit von einer der Grenze des § 1 Satz 2 überschreitenden Arbeit zu befreien.

§ 11 Absatz 3 kommt in Wegfall (d. h. Beseitigung der streifen Fuldung oder Annahme freiwilliger Mehrarbeit).

§ 12 erhält folgende Fassung: Bestimmungen von Tarif- und Arbeitsverträgen, die eine längere als nach diesem Gezet zulässige Arbeitszeit vorsehen, gelten mit dem Inkrafttreten dieses Notgesetzes als aufgehoben.

§ 13 kommt in Wegfall (d. h. Beseitigung des Rechts der Behörden, die Arbeitszeit der Beamten in Betrieben und Verwaltungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden auf Arbeiter und Angestellte zu übertragen).

§ 15 Absatz 1 erhält folgende Fassung: Ausführungsbestimmungen zu diesem Gezet erläßt der Reichsarbeitsminister nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer.

Artikel 8 und Artikel 7 Absatz 3 der Demobilisierungsverordnung über die Arbeitszeit vom 28. November 1918 kommen in Wegfall.

Verlängerung der Kurzarbeiterfürsorge

Berlin, 26. November. Der Reichsarbeitsminister hat durch Anordnung vom 25. November die Kurzarbeiterfürsorge verlängert bis zum 31. März 1927 verlängert.

Abstimmungen im Reichstag

238. Sitzung, Donnerstag den 25. November
In der Beratung der außerpolitischen Aussprache zum Reichstagsgezet 1926 beizuehnet

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.) den vom Abg. Dr. v. Freytag-Vorlinghoven am Mittwoch begründeten Antrag auf Abänderung der Kriegsschuldenfrage als die vollkommenste Form des Bürgerlozes. Aus dem von Dr. v. Freytag selbst herausgegebenen Buch über die Rückkehrfrage geht klar hervor, daß der Internationale Gerichtshof bei dem Völkerbund zur Entscheidung einer solchen Frage gar nicht zuständig ist. (Abg. v. Freytag widerspricht.) Der Redner wiederholt sich dann gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Abgeordneten Müller, Franken. Die Außenpolitik werde heute tatsächlich von den großen Wirtschaftskruppen, von den Unternehmern, beherrscht, die über die Grenzen hinweg international verhandeln und jede Kontrolle ablehnen. Auf diese wichtige Tatsache der kapitalistischen Entwicklung sei Müller mit seinem Wort eingegangen. (Abg. Müller, Franken: Ich bin doch kein Wiederhauer wie Sie!) — Abg. Kölllein (Komm.): „Aber ein Diktator bist!“ — Weiterleit.) Abgeordnete Müllers Rede war nur ein Parteigezänk mit den Deutschnationalen, während tatsächlich die rechte Vertretung des Großkapitalismus die Deutsche Volkspartei ist. Mit der überleben die Sozialdemokraten in dieser Koalition. — Warum gibt Stresemann so viel Geld für die D.A.Z. aus? Der Vorwärts kostet gar nichts und schreibt durchaus im Sinne Stresemanns. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Graefe (Völk.) erklärt, die Völkischen hätten an sich keinen Grund, sich schließend von General Waller zu lösen; aber dennoch müßten sie die Ausführungen des Reichsministers gegen diesen General in schärfster Form zurückweisen. Als einmal gewisse Herren ein gewisser Vorurteil mit Grunde ging, da sei General Waller gut genug gewesen, sie herauszuheben. Der Redner tritt dann für den Antrag seines Freundes ein, der die Kündigung der Locarno-Verträge und den Austritt aus dem Völkerbund betraf.

Reichsinnenminister Dr. Rüg stellt gegenüber dem Vorredner fest, daß die Prüfung von Staatsverträgen nicht zur Zuständigkeit des Staatsgerichtshofs gehöre. — Abg. Schiele (Nat. Vp.) behauptet, daß die deuffinationalen Mitglieder des Kabinetts Luther den Locarno-Verträgen nicht zugestimmt hätten. Die Regierung müsse das endlich offiziell feststellen. — Abg. Graf Bekker (Nat. Vp.) behält sich vor, später noch auf die Angriffe des Reichsinnenministers auf General Waller zurückzukommen. Bei den von den Kommunisten und Völkischen eingebrachten Mißtrauensvoten gegen den Reichsinnenminister weilt sie sich ihre kollektive Haltung nicht beschreiben liegen.

Der völkische Antrag auf Kündigung der Locarno-Verträge wird gegen Völkische und Kommunisten abgelehnt. — Der Antrag auf Prüfung der Kriegsschuldenfrage durch den Ständigen Internationalen Gerichtshof wird von den bürgerlichen Parteien angenommen. — Die Mißtrauensanträge der Kommunisten und Völkischen werden gegen die Antragsteller abgelehnt. — Der Gesetzentwurf über die Abklärung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau wird dem Beamtenausschuss überwiesen. Die Regierungsparteien, die die Vorlage dem Seidungsanspruch überweisen wollten, blieben in der Minderheit. — Der Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbesteuern (Einführung der Erlaubnispflicht für das Woch- und Schließgewerbe) wird dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Aenderung des Pressgesetzes, wonach Abgeordnete des Reichstags und der Landtage, die straf-

rechtlich nicht zu erlassen sind, nicht mehr verantwortlich persönlich Druckschriften zeichnen sollen.

Abg. Grunberg (Komm.) nennt die Vorlage eine reaktive Maßnahme, wie sie selbst im kaiserlichen Deutschland nicht zu verzeichnen gewesen sei. Es handle sich hier um ein Unnahmegesetz gegen die Kommunisten.

Abg. Landsberg (Soz.) betont, daß es notwendig gewesen wäre, das Zeugniszwangsverfahren gegen Redakteure endlich zu beseitigen. Die Journalisten haben ein Recht darauf, vor einem Tribunal mit dem Ziele der Freigabe ihrer Gewährsmänner geschützt zu werden. In dieser Sache hat die Regierung dem Rechtsausschuss die Initiative überlassen. Die sozialdemokratische Fraktion, darüber können die Kommunisten bezeugt sein, wird zu einem Ausnahmegezet gegen irgendeine Partei ihre Zustimmung nicht geben. Wir haben gegen den vorliegenden Gesetzentwurf erhebliche Bedenken. Die Begründung sagt ja selbst, daß es immer noch möglich sei, die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen, besonders wenn ein Abgeordneter als Verleger zeichnet. Die Abgeordneten schreiben ja auch Zeitungsaufsätze, veröffentlichen Bücher und halten Reden in Versammlungen. Diese Tätigkeit kann man ihnen nicht verbieten, warum will man ihnen verbieten, als verantwortlicher Redakteur tätig zu sein? Wir sind der Ansicht, daß das Reichspressgezet, das aus dem Jahre 1874 stammt, einer gründlichen Umarbeitung bedarf, weil es den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Ich denke vor allem an die Ausgestaltung des Verlagszwangs und an die Tatsache, daß der verantwortliche Redakteur auch dann strafrechtlich verfolgt werden kann, wenn der Verleger eines Artikels namentlich zeichnet. Diese Dinge sind wichtiger als das, was die jetzige Vorlage regeln will. Wir wollen den Gesetzentwurf zunächst gründlich prüfen und beantragen die Ueberweisung an den Geschäftsausschuss. — Der Ueberweisung wird zugestimmt.

Es soll nunmehr die zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur

Verwahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften in Verbindung mit dem dazu vorliegenden Antrag folgen.

Abg. Schred (Soz.) beantragt die sofortige Zurückweisung der Vorlage an den Ausschuss. Das sei notwendig, nachdem die sehr beachtenswerten Proteste, die von führenden Stellen der Kunst und Wissenschaft gegen den Entwurf erhoben worden seien.

Reichsinnenminister Dr. Rüg wendet sich unter Innahme und Gelächter der Kommunisten gegen diesen Antrag und meint, der Reichstag würde sich ein Armutssignale ausdenken, wenn er noch immer nicht Stellung nimmt zu einer Vorlage, die den Ausschuss über ein volles Jahr beschäftigt habe.

Der Antrag Schred wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, ebenso ein kommunistischer Antrag, die Beratung auf Freitag zu übertragen. Darauf gibt Abg. Frau Mah (D. Vp.) den Bericht über die Verhandlungen im Ausschuss. Die Mehrheit wolle nicht ein Votum abgeben, sondern die Jugend vor Schund- und Schmutzliteratur schützen.

Gegen 4.15 Uhr verläßt das Haus die Weiterberatung auf Freitag nachmittags 3 Uhr. — Ein Antrag, morgen die dritte Lesung der Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses zur Gewerkschaftenfrage vorzunehmen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Dresdner Chronik

Was werden ist bedenklich!

Das Statistische Reichsamt gibt in seinem neuesten Heft eine Uebersicht über die jetzige und einen Ausblick auf die künftige Bevölkerungszahl Deutschlands bekannt. In dem fünfzigjährigen Zeitraum wird auf die dauernde Verringerung der Sterblichkeitszahl hingewiesen, durch die sich das Durchschnittslebensalter wesentlich erhöhen wird. In bürgerlichen Zeitungen ist nicht nur dieser Bericht, sondern auch die bürgerliche Erläuterung dazu zu lesen.

Man sollte glauben, daß sich jedermann über diese statistische Feststellung freuen und den Bestrebungen der Ärzte und Sozialhygieniker Dank sagen möchte, daß unsere Geburtsraten sinken, die wir als Kinder den Großeltern darbringen mußten: „Ich wünsche dir Gesundheit, Glück und langes Leben“, oder daß die Verbeugung des viersten Gebotes: „Auf daß du lange lebest auf der Erde“, nun in Erfüllung gehen. Jeder wünscht sich ein langes Leben, warum soll er es nicht auch andern wünschen?

Zeit geschil! Nicht mit Freude, sondern mit Bedauern erfüllt das etwas spätere Sterben der Menschen den bürgerlichen Statistiker. Er drückt in den Stohfseufzer aus: „Bedenklich erscheint die außerordentliche Zunahme der über 60 Jahre alten Personen.“

Und warum bedenklich? Antwort: „Weil nicht abzusehen ist, in welchem Maße durch die Heberalterung unsere Sozialleistungen steigen müssen.“

Da haben wir's! Die Soziallasten steigen, wenn die Menschen zu alt werden! O ihr kurzfristigen Ärzte und Hygieniker, was euern gesundheitsfördernden und krankheitsverhütenden Bestrebungen, seht ihr denn nicht ein, was für ein Verbrechen gegen den wahren Gemeinwohl ihr begeht, wenn ihr die Leute zu alt werden lasst?

Ein Arzt hat das Wort vom „Anfang des Alters“ geprägt. So hat der Mann sich nur dabei gedacht? Es gibt nur einen Anfang, und das ist der des Alters! Denn dadurch steigen die Soziallasten.

Selbstverständlich sind vom bürgerlichen Standpunkt aus hier die Unterschiede zu machen. Wenn hohe Beamte, Generale, emeritierte Pastoren usw. 80 Jahre alt werden, welcher gute Bürger hätte dagegen etwas einzuwenden? Wir gönnen ihnen ihre Pension, gönnen wir doch auch den Fürsten ihre Millionen! Man soll es nicht nachfragen, daß wir nicht nobel wären!

Wohin aber soll es führen, wenn jeder Arbeiter über 60 Jahre zu länger lebt? Das ist doch höchst bedenklich! Wenn ein Arbeiter über 60 Jahre alt ist, ist seine Arbeit nicht mehr viel wert. Das möchte er selbst wissen, und darum hat er dann einfach zu sterben. Hat durch sein Weiterleben etwa gar die Soziallasten zu erhöhen.

Es muß also den Ärzten und Hygienikern ihr gefährliches Handwerk gelegt werden. Da aber diese Leute doch schwer bekommen ist, laßt uns als gute Staatsbürger selber dafür sorgen, daß wir nicht zu alt werden. Denn das ist bedenklich!

Georg Arnhold †

Der Seniorschef des Bankhauses Gebrüder Arnhold, der am Donnerstag im 68. Lebensjahre einem Herzschlage erlegen. Das Bankhaus des Verstorbenen ist das bedeutendste Privatbankhaus Sachsens. Arnhold war an zahlreichen Industrieunternehmungen beteiligt und gehörte in einer großen Reihe von Aktienvereinen dem Aufsichtsrat an. Politisch ist Arnhold nicht betätigt. Er war aber ein eifriger Verehrer und hat diese Meinung auch während des Krieges beibehalten. Im die Stadt Dresden hat er sich dadurch ein hohes Verdienst erworben, daß er der Stadt die Mittel zum Bau des nach ihm benannten großen Bahnhofs am Stadion zur Verfügung stellte.

Der Sohn des Scheich

Kapitel

Oh, Valentino ist tot und dies ist sein letzter Film. Es läßt sich nicht verhehlen, daß er recht schön ist. Was würde Douglas Fairbanks aus diesen abenteuerlichen Kämpfen um ein Mädchen machen! Valentino verzichtete so ziemlich völlig darauf, zu spielen. Er zeigt nur immer wieder die mädchenhafte Schönheit seines Gesichts, und so blüht nun dieses Gesicht in die Nachwelt: ein Filmstar, der nicht viel mehr zu bieten hatte als seine Erscheinung und der förmlich je darüber hinausgemacht wäre. Wie wenig Valentino Schauspieler war, zeigt sich, wenn er seine jugendliche Schönheit verhehlen muß wie in diesem Film, in dem er neben dem Sohne auch den Vater spielt. Dann steht da nur ein mäßiger Darsteller, der gar nichts Hinreißendes hat und dessen schauspielerisches Register über einige monotone Gebärden nicht hinausreicht. Von dieser Einförmigkeit ist übrigens in diesem Film auch das Spiel der übrigen Darsteller. Silvia Bandy bleibt der so sehr umstrittenen Jasmina alles schuldig, was diesen Kampf des Sohnes eines Scheichs um sie begreiflich machen könnte; sie ist nur ein hübsches, kleines Mädchen im orientalisches Kostüm. Die Texte der deutschen Bearbeitung lesen sich, als läge diese arabische Wüste gar nicht sehr weit von Berlin entfernt.

Die Bärenhochzeit

Alhambra-Lichtspiele

pm. Der Vorwärts hat diesen Film ein historisches Stück genannt. Das scheint mir falsch. Die Bärenhochzeit (nach Lunati) ist ein schmerzliches Drama, das ruffischen Volkstragödien zur Bildung eines nationaler Dramas glaube ich treffender zu kennzeichnen damit, daß ich sie einen Ritus nenne, herausgewachsen aus der schwerwiegend-wilden Landschaft Sibiriens; wenn der Zwischenakt eine Jahreszahl angibt (1830), wenn Geschichtliches, ein Bauernaufstand, in die Handlung hineingelegt, so ist das für die Lebensbestimmung des Werkes so wenig entscheidend wie etwa für das Abteilungsstück die Feststellung, daß ein König Humbert wirklich einmal am Rheine gelebt hat oder daß das Urbild Gogol der Dummheit von Atilla ist. Die Hauptcharaktere des Films, der junge Graf Schmetzel und Julia, sind Zwillingsbrüder, jener der Verkörperung der Nacht und des Grauens, diese des Lichts und der Freude. Julia glaubt den Grafen erlösen zu können, aber die Nacht bleibt schließlich siegreich, sie erwürgt das Licht, so wie der jüdische Degen den sonnigen Siegfried tötet.

Antwärtig ist schon Schmetzels Ullprung. Sein eiferfüchtiger Vater erzieht auf der Hand den jungen heiteren Freund des Mutter. Ein Mär gerät über die Leiche, und als die Gräfin davon kommt, fällt er sie an. Wohl wird sie aus den Klauen des Untiers befreit, aber Bahmjan umnachtet seitdem ihr Gemüt. Der Gatte und die Witwe werden in ihrer Vorstellung zu einem Wesen, und als sie einen Sohn gebiert, wohnen in ihm Menichisches und Tierisches dicht nebeneinander. Er bewacht sich als adliger Standbesitzer sicher im Salon aber er spukt auch in düsteren Stunden verkleidet als eine Art Zhar durch die Wälder, schreit friedliche Heilende und überhüllt ein arme Auernmädchen. Keine Liebe unternimmt es, den Wesen von seinem Wahne zu heilen. Allen Warnungen zum Trotz heiratet die Gutgläubigen Julia den Kranken. Doch in der Hochzeitsnacht erwacht der Wirt in ihm — er erwürgt im Plutrand die Götter. Bauern jähren über dann wie einen toten Hund tot.

Das alles jaht Heberheit über die Leinwand; einige Aufspannen bringen drei ausnehmene Ecoloden — eine Kadette im Schnee, bederrückliche Spiele im Garten, die Vorbereitungen zur Hochzeit, wie in Tot und Tod. Nicht, was geschil, auch nicht an innerer, weil die Gestalten zu sehr im Symbolischen stecken bleiben, die eigentliche Menschen werden, so reist und der Film doch durch

Gesundheit und Volkswohlfahrt

Eröffnung der Ausstellung in der Lennestraße

Mit einer kurzen, einfachen Feier wurde heute vormittag im Ausstellungsgelände Lennestraße, die sächsische Abteilung „Gesundheit und Wohlfahrt“ der „Gesola“, der großen Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Lebensübungen in Düsseldorf, eröffnet. Die Abteilung ist als Wanderausstellung gedacht und wird von Dresden aus den Weg durch ganz Sachsen nehmen. In seiner Eröffnungsrede umrahmt der Arbeitsminister die Aufgabe und den Zweck der Ausstellung mit folgenden Worten: „Es liegt der Ausstellung fern, nach außen hin zu künden, wie herrlich weit wir es gebracht haben. Sie hat vielmehr eine doppelte Aufgabe zu leisten. Sie soll zeigen, wie umfangreich das Gebiet ist, mit dem sich Wohlfahrtspflege und Gesundheitsfürsorge zu befassen haben, deren Wesen es entspricht, sich des Menschen von der Wiege, ja man muß sagen, schon vor der Geburt und mindestens bis zum Eintritt in die wirtschaftliche Selbständigkeit, als Arbeiterkraft und Gewerbetätige, aber auch darüber hinaus und erst recht des neuliebenden Alters anzunehmen. Zugleich aber sollen von der Ausstellung Anregungen zum weiteren Ausbau der Wohlfahrtspflege ausgehen.“

Für Gesundheit und Wohlfahrt — man hat manchmal das Gefühl, als werde gerade auf diesem Gebiete untröstlich und gesellschaftlichen Lebens in letzter Zeit etwas sehr viel Klage geäußert. Die Gesundheitswoche mit ihrem mitunter höchst widersprüchlichen Nummel ist noch in Erinnerung. Der etwas laute Betrieb kann leicht den Eindruck erwecken, und hat ihn gerade in jenen Kreisen, die der ganzen Wohlfahrtspflege nicht übermäßig gut gesinnt sind, schon erweckt, als werde auf dem Gebiete das Allermögliche geleistet. Dabei liegt der Sachverhalt doch noch ein wenig anders. Was geleistet wird, ist Erfüllung der allerersten und wichtigsten Verpflichtungen. Innerhalb bleibt aber noch das Mehrfache der erfüllten Aufgaben. Die Beispiele von geleisteter Arbeit sind zahlreich und entsprechen sicher auch den Tatsachen. Größer aber als die Summe aller Leistungen und Erfolge ist die des noch immer existierenden Elends. Nur, und einzig nur an ihr kann das Maß des Geleisteten gemessen werden. Diese Wertungsmöglichkeit fehlen aber auf der Ausstellung noch in den meisten Fällen. Und das ergibt ein nicht ganz machtvolles Bild. So ist es eine Forderung, auf dem Gebiete des Wohnungsbaues nur zu zeigen, wie modern und gesundheitsfördernd gebaut worden ist, ohne zugleich darzustellen, wie wenig leider noch gebaut worden, wie ungeheuer viel Wohnraum noch ungenutzt geblieben ist. Im gleichen Sinne ungenutzt ist es, das weiterzweigende Netz der Jugendherbergen zur Anschauung zu bringen und doch nicht mit einem Hinweis die Schädigungen zu illustrieren, die der rigorose Kampf der Unternehmerschaft gegen die Ferien zur Folge haben muß. Daß man keine Propaganda für den Wochentagsurlaub treiben würde, trotzdem auch er eine Frage der Wohlfahrt und der Gesundheit ist, war zu erwarten. Ebenso, daß man nicht die noch sehr mangelhaften hygienischen Zustände auf unseren Eisenbahnen feststellen würde, und nicht den Widerspruch aufzuzeigen wagen würde, der zwischen den Bestrebungen dieser Ausstellung und aller Wohlfahrts- und Gesundheitspflege und den behördlichen Genehmigungen zur Verlängerung der Reisezeit besteht.

Trotz dieser Ungleichheiten und Widersprüchen, für die ja nicht so sehr oder doch nicht ausschließlich die Organisatoren der Ausstellung verantwortlich gemacht werden können, sondern vielmehr die privatkapitalistische Wirtschaft, verdient die Ausstellung allgemeine Beachtung, wenn eben auch vor allem unter dem Gesichtspunkte der Anregung. Als ganz erfreulich darf gleich im voraus das Bestreben der Ausstellungsleitung und der verschiedenen ausstellenden Gruppen bezeichnet werden, möglichst viel mit einfachen, instruktiven Zeichnungen, Bildern und Schemata zu arbeiten. Infolge dieser Arbeitsmethode ist es gelungen, oft ganz nützliche Fragen in sprechender Anschaulichkeit darzu-

stellen und damit fast jede Monotonie in der Ausstellung zu verhindern.

Begleitet ist die Ausstellung in zwei Hauptabteilungen. Im rechten Flügelraum zeigt die Stadt Dresden ihre Leistungen. Wohnungs- und Schulamt, Hochbauamt und Erziehungsanstalt Marienhof unterrichten mit Bildern, Modellen, Statistiken über ihre Arbeit. Fürsorge- und Jugendamt zeigen ihre Spitzenleistungen. Ein farbiges Schaubild veranschaulicht die Überwachung der öffentlichen Wohlfahrtspflege. Eine Tafel erklärt die finanziellen Erfolge der Amtsvormundschaft. Gefreudlich sind im Gegenfuß zu der Statistik der letzten Monate die Modelle, Bilder und Darstellungen des Amtes für Lebensübungen. Die hygienisch wie wirtschaftlich gleich bedeutsame Versorgung einer Großstadt mit Milch wird vom Wirtschaftsamte anschaulich dargestellt.

Auf dem linken Flügel stellt das Innenministerium, das für das Gesundheitswesen in Sachsen leitende Stelle ist, aus. Hier folgen vor allem Darstellungen von Leistungen der sehr wichtigen Gebiete für Nahrungsmittelkontrolle, bakteriologische Untersuchungen und Wasseruntersuchungen. Auch die Ergebnisse der Untersuchungen über Luftverunreinigungen durch Rauch werden gezeigt. Anschauliche Darstellungen unterrichten aus der Staatsanleihe für Krankengymnastik und Massage, über die Bedeutung von Bad, Elixier, über die Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheiten in Sachsen, besonders auch über die Untersuchungen des Lungentumors der Schneeberger Bergarbeiter. Zahlreiche Lichtbildaufnahmen geben Einblick in den staatlichen Krankenhausbetrieb. Besonders Interesse erwecken darunter die Bilder über die Betätigung der Seifenkranken auf den Gebieten der Kunst und des Kunstgewerbes.

Die größte staatliche Abteilung berichtet über die Zusammenarbeit der Ministerien für Arbeit- und Wohlfahrt, für Justiz und Volksbildung mit den freien Verbänden der Wohlfahrtspflege, den Lebensübungen treibenden Verbänden und den Trägern der öffentlichen Versicherungen.

In dem großen achtseitigen Mittelraum, dessen Mitte das Relief der beiden größten sächsischen Heilstätten, Gottleuba und Sachwald, faßt, veranschaulicht ein um die Wand laufender Bries des Kaisers Bernhard Müller aus Dresden die Wirkleistungen des sächsischen Wohlfahrtsgesetzes. In den Ecken sind die Spitzenleistungen der sächsischen Wohlfahrtspflege zur Schau gestellt.

Was eine Stadt auch unter schwierigen sozialen Verhältnissen in Wohlfahrtspflege leisten kann, zeigt die junge Arbeitergemeinde Zettlitz. Die von allen deutschen Landesversicherungsanstalten auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege leistungsfähigste Landesversicherungsanstalt Sachsen unterrichtet an Statistiken und farbigen Tafeln über ihr Wirken. Ueber die sächsische Sport- und Spielbewegung, das Jugendberufswerken geben wiederum eindrucksvolle Statistiken, Karten und Zeichnungen wünschenswerten Aufschluß. Schließlich folgen noch höchst instruktive Darstellungen über das weiterzweigende Gebiet der freien Wohlfahrtspflege. Die Bedeutung der produktiven Erwerbslosenfürsorge soll ein Modell der Wassertrastanlage Tharandt zum Ausdruck bringen. Neben der Darstellung der Alkoholbekämpfung unterrichten die Dresdner Hausfrauenvereine im Zusammenwirken mit dem Landesmilchsaushaus über die vielseitige Verwendungsmöglichkeit der Milch. Mit diesen Gruppen arbeitet auch noch der Bund für alkoholfreie Frauenkultur. Auch die Volkshochschule Dresden veranschaulicht in origineller Weise ihr Wirken. Der Bund der Kinderreichen stellt seine Arbeit. Eine praktisch-wissenschaftliche Versuchsstelle für Hauswirtschaft will zur rationelleren Wohnungs- und Hauswirtschaft erziehen. Ergänzt wird diese Versuchsstelle von der Abteilung der sächsischen Hausfrauenvereine, die in natürlicher und Puppenstübchengröße von ihrer gemeinnützigen Abahlungsrichtung berichtet.

Um all das Geschaute in seiner Anwendung den Besucher mitzuteilen zu lassen, wird auf einer großen Bühne in täglich wechselnden Vorführungen, Vorträgen, Film- und Lichtbildvorstellungen vom Wirken sächsischer Wohlfahrts- und Gesundheitsfürsorge berichtet.

sein Tempo mit, erfüllt er uns oft mit kaltem Grausen. Die unheimliche Stimmung wird zum großen Teil schon durch die Landschaftsbilder erzeugt. Aufnahmen aus der Tiefe klauischer Wälder, in denen fabelhaften Wesen zu begegnen fast nichts Verwunderliches hat.

Ließe sich auch im einzelnen allerlei gegen den Film einwenden — mancher Mangel freilich mag der Ehre des deutschen Zensors zur Last fallen, die selbst dieses ganz unpolitische Werk nicht ungeschonten ließ —, die „Bärenhochzeit“ steht doch über dem, was man gewöhnlich in untern Schauspielhäusern sieht. Denn hier ist nicht kalte Routine am Werk, sondern junge, unerschrockene Kraft. Und hat sie auch einmal vorbei, es ist doch echtes lebendiges Leben.

Dresdner Amateur-Funkausstellung

In Anwesenheit der Vertreter von Ministerien, der Oberpostdirektion, der Presse und von Organisationen wurde gestern die zweite Amateurfunkausstellung des Dresdner Arbeiter-Radio-Klubs eröffnet. Herr Dr. Jäger, Direktor der Mitteldeutschen Rundfunk-Aktionsgesellschaft, hielt die Eröffnungsrede und betonte dabei besonders die Bedeutung des Rundfunks für die wertvolle Pädagogik. Sehr bemerkenswert waren seine Ausführungen über die Ausgestaltung der Programme. Künftig sollten die Wünsche der Hörerschaft aus Arbeiterkreisen mehr als bisher Berücksichtigung finden. Diese Ankündigung wurde von den Anwesenden sehr beifällig aufgenommen. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums, Herr Dr. Hünefeld, überbrachte die besten Wünsche der Ministerien zum Gelingen der Ausstellung und betonte das lebhafteste Interesse, das in Regierungskreisen an dieser Bewegung genommen werde.

Ein Gang durch die Ausstellung zeigte sehr gute Arbeiten der Mitglieder des Arbeiter-Radio-Klubs. Vom einfachsten Detektor bis zum Vierstrahlengerät zeigten alle Arbeiten, mit welcher großen Eifer die Arbeiterhörer an ihren Geräten arbeiten. Die Arbeiten bewiesen aber auch, daß es der Arbeiter-Radio-Klub vorzüglich verstanden hat, seine Mitglieder in die schwierigen Materien einzuführen. Davon zeugt auch der Stand der Lehrenten des Arbeiter-Radio-Klubs.

Die zahlreicheren Stände der Handwerkskammer bewiesen den Fortschritt, den die Funkindustrie in den letzten Jahren gemacht hat. Die Stände der Firmen Hahn, Maxstraße, und Radio-Werke sind ebenso lehrreich wie instruktiv. Die Firma Frey, Kanier, Maxstraße, zeigt eine reiche Fülle von Geräten und Einzelteilen. Eine Sonderausstellung der Firma Köhler, Altdorf, Reichstraße, an Hand der unter ihrer Anleitung gefertigten Geräte. Der Stand dieser Firma zeigt von guter handwerklicher Arbeit.

Kommenden Sonntag, vormittags 10 Uhr, wird im Rahmen der Ausstellung vom Genossen Lehner Friedel ein Vortrag über das Thema: Die Sprache des Rundfunks gehalten.

Straßenbahn nach Mogsche-Rönigswald und nach Rähnitz

Am Sonntag, dem 8. November, werden die neuerbauten Verlängerungstrassen der staatlichen Straßenbahnlinie Mogsche-Dellerow nach Deutsche Eiche, Mogsche, und nach Rähnitz in Betrieb genommen. Der Bau dieser Verlängerungstrassen sowie der im Laufe des Sommers ausgeführte großartige Ausbau der Strecke Daltstette Drotzsch bis Daltstette Morsbühner Weg haben einen so erheblichen Kostenaufwand verursacht, daß es nicht möglich ist, die bisherigen Fahrpreise für die ganzen Strecken auch für die verlängerten Strecken gelten zu lassen. Da die erhöhten Betriebskosten durch neuevernomme Fahrpreise nur weiter nicht gedeckt werden, müssen die Fahrpreise für Erwachsene für die ganze Strecke vom Hauptbahnhof bis zum Bahnhof zur Deutschen Eiche von

1,20 auf 1,50 Mark erhöht werden. Die Fahrpreise für Kinder bleiben unverändert. In Erfüllung eines oft geäußerten Wunsches vieler Fahrgäste und um den regelmäßigen Benutzen der Bahn weiter entgegenzukommen, werden, zunächst verkehrsweise, 12er-Fahrkarten zu ermäßigtem Preise auch für die 15-Pf.-Teilstrecken ausgeben, obgleich dadurch eine Verminderung der Einnahme eintreten wird. Weiter sind neue 15-Pf.-Teilstrecken: Morsbühner Weg — Gohlhof zur Deutschen Eiche; bzw. Rähnitz eingerichtet worden. Die Fahrpreise für Kinder bleiben unverändert. Alles Nähere über die Fahrpreise ist aus der amtlichen Bekanntmachung zu erfahren.

Auf der Verlängerungstrasse Sturhaus — Deutsche Eiche ist an der Richard-Wagner-Straße eine Haltestelle errichtet worden. Auf der Verlängerungstrasse nach Rähnitz befinden sich Haltestellen an der Schulstraße und am Seidenweg. Die Wagenfolge bleibt unverändert. Es wird von den neuen Haltestellen so abgefahren, daß die bisherigen Haltestellen zu den jetzigen Abfahrtsminuten durchfahren werden. Im übrigen wird auf die aushängenden Streckenfahrpläne und auf die bei den Schaffnern, Aufschreibenden und an den Kassen der Straßenbahn für 20 Pf. erhältlichen Fahrpläne hingewiesen.

Arbeiter vor Gericht

In den Tagen vor dem 20. Juni d. J. 1922 Termin der Abstimmung zum Volksentscheid, ist es hier und da zu Reibereien zwischen Rechts- und Linksgewählten gekommen. Verschiedentlich haben in der Folgezeit auch Prozesse stattgefunden, deren Gegenstand solche Zusammenstöße bildeten. Angeklagt waren in allen zu übersehenden Fällen Personen, die den Linksparteien nahestanden. Aufmerksam liegt das daran, daß die Gesetze gegen dertartige Reue besonders gut funktionieren.

Am Donnerstag standen vor dem Dresdner Gemeinsamen Schöffengericht, dem Amtsgerichtsdirektor Wölkch vor, jedoch abermals drei Arbeiter unter Anklage. Ein vierter Beschuldigter war am Erscheinen verhindert. Die Verhandlung sollte folgende Vorgeschichte: Am Abend des 19. Juni war in Gasse 10 a, wo gleichzeitig eine Versammlung der Sozialdemokraten, eine Zusammenkunft Roter Frontkämpfer und eine Sonnenwendfeier hakenkreuzförmiger Sachsenbündler stattgefunden hatten, ein Arbeiter Spitzel aus Rähnitz durch einen Hakenkreuzler erheblich in der Augenzeugen berechtigt worden. Die Hakenkreuzer Wunde, wohl von einem Pfeiler sich herabreichend, wurde von einem Zeugen unter einer Straßenlaterne unterfacht, wobei sich etwa 20 Arbeiter anfanmelten. Um die gleiche Zeit kam der 15 Jahre alte Sachsenbündler Ernst Walter Horstig aus Rähnitz, der die Sonnenwendfeier besucht hatte, mit seinem Rad gefahren. Er mußte zum Absteigen veranlaßt, und zwar auf einen Aufhänger der Laterne, hier konnte schon wieder jemand in Augenschein nehmen wollte, mit wem der Laterne gehen müßten. Dort entfernte ihm einer die Laterne von der Wange, ein anderer vertrieb ihm einen Schlags. Der Sachsenbündler erkrankte nachträglich Angste, und die Erörterungen wurden mit Fleiß geführt. Trotzdem blieb das Ergebnis insofern günstig, als vom Gericht zwei der Angeklagten darunter der kurz vor dem Verfall am Auge verlebte Spitzel, freigesprochen werden mußten. Der dritte Beschuldigte aber, Panatier Wende aus Gasse 10 a, dem keinerlei Tatlichkeit nachgewiesen werden konnte und der gewissermaßen nur „debet gewesen“ ist, erhielt wegen großen Unfugs und Kränkung nicht etwa eine Geldstrafe, sondern eine hohe Gefängnis.

Die Angeklagten hatten in ihrer Verteidigung maß auf die

Kommunale Schulpolitik

Berichtigung einer Berichtigung

Von Stadtschulrat Dr. Hartnack geht uns folgende Berichtigung zu:
Auf Grund von § 11 des Preßgesetzes ersuche ich um Aufnahme folgender Richtigstellungen:

In der Volkszeitung vom 12. November 1926 heißt es:
„Der Stadtschulrat Dr. Hartnack blendet durch Zahlen... er beweist durch seine Zahlen nur, indem er von anderen Gesichtspunkten ausgeht, daß unsere Behauptung vollkommen den Tatsachen entspricht, daß die höheren Schulen gegenüber den Volksschulen begünstigt wurden.“

Es ist unrichtig, daß die Behauptung der Volkszeitung vom 10. November, daß die höheren Schulen gegenüber den Volksschulen begünstigt wurden, vollkommen den Tatsachen entspricht, denn die Zahlen für die Jahre 1924 und 1925, aus denen dieser Schluß des ungleichen Vergleichens der Aufwendungen zugunsten der höheren Schulen gezogen wurde, waren nicht bloß von anderen Gesichtspunkten gefälscht, sondern sie waren falsch. Das vermeintliche starke Steigen der Aufwendungen für die höheren Schulen von 1924 auf 1925 lag daran, daß man die anfänglich eingestellten kleinen Volksschüler (statt der im Laufe des Jahres auf das Mehrfache gestiegenen, tatsächlich 1924 gezählten Schüler) als Vergleichsbasis für 1925 genommen hatte, während bei den Volksschulen die Schülerzahl nicht berücksichtigt worden waren. Unrichtig, weil auch auf falsch verstandenen Zahlen beruhend, war also folgende Behauptung gewesen:

Es liegen:
Aufgaben für Volksschulen um 60 %
Ausgaben für höhere Schulen um 170 %
von 1924 auf 1925

Unrichtig ist infolgedessen auch die Behauptung, daß man daraus entnehmen könne, wie sehr die höheren Schulen gegenüber den Volksschulen begünstigt worden wären.
Richtig ist vielmehr:

Mopfkosten für 1 Volksschüler sind um 80 % gestiegen
Mopfkosten für 1 höheren Schüler sind um 25 % gefallen
von 1914 auf 1924
von 1914 auf 1925 um 123 % gestiegen
von 1924 auf 1925 um 21 1/2 % gestiegen

Was den Unterschied der absoluten Mopfkosten von Volksschüler und höheren Schüler angeht, so ist der Unterschied zwischen 261 Mk. für den Volksschüler und 484 Mk. für den höheren Schüler (wobei über 100 Mk. durch Schulgeldentnahme gedeckt sind) nicht die Folge einer Ungünstigkeit, sondern einfach die Folge der höheren Gehälter der akademischen Lehrer (Landesgehalt) und der Tatsache, daß die höheren Schulen höhere Stundenlöhne und ihre Lehrer wegen der größeren Schwierigkeit des Unterrichtsstoffes und der umfangreichen und schwierigeren Korrekturen weniger Pflichtstunden haben.

In der Nummer vom 20. November schreibt die Volkszeitung:
„Sein (Hartnacks) Zahlenmaterial gegen die neue Lehrerbildung wird selbst amtlich als irreführend widerlegt.“
Es ist unrichtig, daß mein Zahlenmaterial gegen die neue Lehrerbildung amtlich, das heißt vom Ministerium, als irreführend widerlegt worden sei. Wahr ist, daß die amtliche Zeitschrift an seiner Stelle auf meine Zahlen Bezug nimmt.

Wahr ist, daß lediglich eine im Hinblick auf den Schätzungscharakter bei der Berechnung liegende Differenz besteht zwischen der Aufwandsberechnung für den Beharrungszustand, die das Ministerium aufstellt hat, und meiner Berechnung. In der ministeriellen Vorlage Nr. 239 ist der Mehrbedarf bei der einseitigen Gehaltssteigerung für die akademischen Volksschullehrer auf 2 1/2 Millionen errechnet worden, während ich auf Grund meiner Unterlagen auf 2 7/8 Millionen gekommen war (Dresdner Anzeiger Nr. 150 Seite 3). Welche Zahl richtig sein wird, steht noch sehr dahin.

In der Volkszeitung vom 10. November wird erklärt worden:
„Es sind zahlreiche Fälle bekannt, wo Schüler nach mit der 3a die Aufnahme forberten und teilweise auch aufgenommen wurden.“
Ich habe dagegen in der Nummer der Volkszeitung vom 12. November erklärt, daß von 494 Kindern 26 mit 2b aufgenommen worden sind, keiner mit 3a oder schlechter.

In der Berichtigung der Volkszeitung vom 20. November wird geschrieben:
... erklärte Herr Dr. Hartnack, daß 1926 kein Kind mit einer 3a in die höhere Schule aufgenommen worden sei. Wir

an, nämlich nicht mit unter denjenigen geübt zu haben, die an dem betreffenden Sonntag gegen 3 Uhr nachmittags in sein Gut einbrachen. Lieber den Vorfall selbst berichtete der Herr Rittergutsbesitzer: „Gegen 3 Uhr nachmittags kamen zwei Leute zu mir herein. Als ich sie nach ihrem Vorhaben fragte, beschuldigten sie mich, ich hätte meine Leute aufgefodert, nicht zur Wahl zu gehen. Das ist nicht wahr. Ich sollte meine Leute zusammenschleppen und ihnen sagen, daß sie zur Wahl gehen können. Weiter sollte ich einen Mann ermahnen, den ich in das Wahllokal zur Beobachtung der Wähler gestellt hätte. Ich bin darauf hin nach dem Wahllokal (in dem sich das Wahllokal befand) gegangen und selbst dorgeblieben. Drohungen sind gegen mich nicht ausgesprochen worden.“ Auf Verlangen des Verleumdeters erklärte der Rittergutsbesitzer Fleischer, daß der Angeklagte vor Jahren bei ihm angestellt gewesen, aber wegen einflussreicher Differenzen entlassen worden sei. „Freundlich gefasst sind wir nicht!“ — Der Anwalt hielt die Belastung des Angeklagten in das Ermessen des Gerichts. Der einzige Belastungszeuge ist erst 16 Jahre alt und noch ein halbes Kind.

Der Verteidiger verwies darauf, daß der Vorgang sich zu einer Zeit abspielte, als die politischen Lebensverhältnisse hochgingen. Auf Grund des Gerichtes, Fleischer lasse seine Leute nicht zur Wahl gehen, hätte sich ein Trupp vor das Rittergut begeben, zu dem sich der Angeklagte lediglich als Requirierer gestellt habe.

Die Urteilsverlesung lautete auf Freispruch und Übernahme der Kosten auf die Staatskasse. Zur Begründung des Freispruchs wurde ausgeführt, daß wohl am 21. Juni, am Tage des Volkstags, ein Trupp Leute nach Kleinwolmsdorf gehauptet sei, weil Rittergutsbesitzer Fleischer seinen Leuten verboten habe zur Abstimmung zu gehen, und daß der Angeklagte sich diesem Trupp hingestellt habe, daß aber nicht festgestellt werden konnte, daß der Angeklagte die ihn belastenden Worte gebraucht hat.

Die Verhandlung hat ergeben, daß der von dem Anwalt ohne eingehende Erörterung angefertigter Bericht über die Verleumdung des Volkes zur Rechtsprechung unserer Richter ist dadurch nicht gerade erhoben worden.

find aber in der Lage, das Gegenteil beweisen zu können. Wenn wir hier keinen Namen veröffentlichen, so geschähe dies aus leicht verständlichen Rücksichten gegen die betreffenden Klassen. Wir erklären aber ausdrücklich, daß wir bereit sind, in der Sache, wenn dem Schlichter auf Wunsch mit Namen zu dienen. Seine amtlichen Berichtigungen stimmen nicht mit dem Tatsachenfall!

Demgegenüber erkläre ich: Es ist unrichtig, daß die Behauptung der Volkszeitung vom 10. November, daß die höheren Schulen gegenüber den Volksschulen begünstigt wurden, vollkommen den Tatsachen entspricht, denn die Zahlen für die Jahre 1924 und 1925, aus denen dieser Schluß des ungleichen Vergleichens der Aufwendungen zugunsten der höheren Schulen gezogen wurde, waren nicht bloß von anderen Gesichtspunkten gefälscht, sondern sie waren falsch. Das vermeintliche starke Steigen der Aufwendungen für die höheren Schulen von 1924 auf 1925 lag daran, daß man die anfänglich eingestellten kleinen Volksschüler (statt der im Laufe des Jahres auf das Mehrfache gestiegenen, tatsächlich 1924 gezählten Schüler) als Vergleichsbasis für 1925 genommen hatte, während bei den Volksschulen die Schülerzahl nicht berücksichtigt worden waren. Unrichtig, weil auch auf falsch verstandenen Zahlen beruhend, war also folgende Behauptung gewesen:

Es liegen:
Aufgaben für Volksschulen um 60 %
Ausgaben für höhere Schulen um 170 %
von 1924 auf 1925

Unrichtig ist infolgedessen auch die Behauptung, daß man daraus entnehmen könne, wie sehr die höheren Schulen gegenüber den Volksschulen begünstigt worden wären.
Richtig ist vielmehr:

Mopfkosten für 1 Volksschüler sind um 80 % gestiegen
Mopfkosten für 1 höheren Schüler sind um 25 % gefallen
von 1914 auf 1924
von 1914 auf 1925 um 123 % gestiegen
von 1924 auf 1925 um 21 1/2 % gestiegen

Was den Unterschied der absoluten Mopfkosten von Volksschüler und höheren Schüler angeht, so ist der Unterschied zwischen 261 Mk. für den Volksschüler und 484 Mk. für den höheren Schüler (wobei über 100 Mk. durch Schulgeldentnahme gedeckt sind) nicht die Folge einer Ungünstigkeit, sondern einfach die Folge der höheren Gehälter der akademischen Lehrer (Landesgehalt) und der Tatsache, daß die höheren Schulen höhere Stundenlöhne und ihre Lehrer wegen der größeren Schwierigkeit des Unterrichtsstoffes und der umfangreichen und schwierigeren Korrekturen weniger Pflichtstunden haben.

In der Nummer vom 20. November schreibt die Volkszeitung:
„Sein (Hartnacks) Zahlenmaterial gegen die neue Lehrerbildung wird selbst amtlich als irreführend widerlegt.“
Es ist unrichtig, daß mein Zahlenmaterial gegen die neue Lehrerbildung amtlich, das heißt vom Ministerium, als irreführend widerlegt worden sei. Wahr ist, daß die amtliche Zeitschrift an seiner Stelle auf meine Zahlen Bezug nimmt.

Wahr ist, daß lediglich eine im Hinblick auf den Schätzungscharakter bei der Berechnung liegende Differenz besteht zwischen der Aufwandsberechnung für den Beharrungszustand, die das Ministerium aufstellt hat, und meiner Berechnung. In der ministeriellen Vorlage Nr. 239 ist der Mehrbedarf bei der einseitigen Gehaltssteigerung für die akademischen Volksschullehrer auf 2 1/2 Millionen errechnet worden, während ich auf Grund meiner Unterlagen auf 2 7/8 Millionen gekommen war (Dresdner Anzeiger Nr. 150 Seite 3). Welche Zahl richtig sein wird, steht noch sehr dahin.

In der Volkszeitung vom 10. November wird erklärt worden:
„Es sind zahlreiche Fälle bekannt, wo Schüler nach mit der 3a die Aufnahme forberten und teilweise auch aufgenommen wurden.“
Ich habe dagegen in der Nummer der Volkszeitung vom 12. November erklärt, daß von 494 Kindern 26 mit 2b aufgenommen worden sind, keiner mit 3a oder schlechter.

In der Berichtigung der Volkszeitung vom 20. November wird geschrieben:
... erklärte Herr Dr. Hartnack, daß 1926 kein Kind mit einer 3a in die höhere Schule aufgenommen worden sei. Wir

an, nämlich nicht mit unter denjenigen geübt zu haben, die an dem betreffenden Sonntag gegen 3 Uhr nachmittags in sein Gut einbrachen. Lieber den Vorfall selbst berichtete der Herr Rittergutsbesitzer: „Gegen 3 Uhr nachmittags kamen zwei Leute zu mir herein. Als ich sie nach ihrem Vorhaben fragte, beschuldigten sie mich, ich hätte meine Leute aufgefodert, nicht zur Wahl zu gehen. Das ist nicht wahr. Ich sollte meine Leute zusammenschleppen und ihnen sagen, daß sie zur Wahl gehen können. Weiter sollte ich einen Mann ermahnen, den ich in das Wahllokal zur Beobachtung der Wähler gestellt hätte. Ich bin darauf hin nach dem Wahllokal (in dem sich das Wahllokal befand) gegangen und selbst dorgeblieben. Drohungen sind gegen mich nicht ausgesprochen worden.“ Auf Verlangen des Verleumdeters erklärte der Rittergutsbesitzer Fleischer, daß der Angeklagte vor Jahren bei ihm angestellt gewesen, aber wegen einflussreicher Differenzen entlassen worden sei. „Freundlich gefasst sind wir nicht!“ — Der Anwalt hielt die Belastung des Angeklagten in das Ermessen des Gerichts. Der einzige Belastungszeuge ist erst 16 Jahre alt und noch ein halbes Kind.

Der Verteidiger verwies darauf, daß der Vorgang sich zu einer Zeit abspielte, als die politischen Lebensverhältnisse hochgingen. Auf Grund des Gerichtes, Fleischer lasse seine Leute nicht zur Wahl gehen, hätte sich ein Trupp vor das Rittergut begeben, zu dem sich der Angeklagte lediglich als Requirierer gestellt habe.

Die Urteilsverlesung lautete auf Freispruch und Übernahme der Kosten auf die Staatskasse. Zur Begründung des Freispruchs wurde ausgeführt, daß wohl am 21. Juni, am Tage des Volkstags, ein Trupp Leute nach Kleinwolmsdorf gehauptet sei, weil Rittergutsbesitzer Fleischer seinen Leuten verboten habe zur Abstimmung zu gehen, und daß der Angeklagte sich diesem Trupp hingestellt habe, daß aber nicht festgestellt werden konnte, daß der Angeklagte die ihn belastenden Worte gebraucht hat.

Die Verhandlung hat ergeben, daß der von dem Anwalt ohne eingehende Erörterung angefertigter Bericht über die Verleumdung des Volkes zur Rechtsprechung unserer Richter ist dadurch nicht gerade erhoben worden.

swanglose Befichtigung. Am 6 Uhr beginnt dann die Abendfeier, angeleitet mit Darbietungen der Arbeiter-Musikanten, der Kinderfreunde und der Sozialistischen Arbeiterjugend. Alle Genossen, die im Besitze von Fahnen sind, werden gebeten, diese zur Ausschmückung mitzubringen.

Internationales Abend der Bauernvereine „Häckerfreie“. Der Bauernverein „Häckerfreie“ hält am Sonntag, dem 28. November, abends 7 1/2 Uhr im Rautenbau, Uraner Straße, ihren 1. Internationales Abend ab. Der Vorstand, Herr K. K. K., hat die Ehre, die Gäste zu empfangen. Die Eintrittskarte kostet 50 Pfennig. Alle Parteigenossen und Genossen werden gebeten, diese Veranstaltung zu besuchen. Der Verkauf aller Karten und Genossenschaftsbriefchen, die noch nicht abgekauft sind, findet im „Häckerfreie“-Zentrum.

Gruppe Cotta. Sonntag, 2 Uhr. Einweihung des Cottas der Arbeitervereine, Grotzstraße, Uelag, Petrus, Heberg, Verfassung des Cottas. Ab 6 Uhr abends Darbietungen der Arbeiter-Musikanten, der Jugend und der Kinderfreunde. — Abends 8 1/2 Uhr: Treffen am Hauptbahnhof der Genossenschaft zur zweiten Befichtigung der Arbeitervereine. — Abends 9 1/2 Uhr: Treffen am Hauptbahnhof der Arbeitervereine.

Internationales Treffen. Sonntag, 2 Uhr. Einweihung des Cottas der Arbeitervereine, Grotzstraße, Uelag, Petrus, Heberg, Verfassung des Cottas. Ab 6 Uhr abends Darbietungen der Arbeiter-Musikanten, der Jugend und der Kinderfreunde. — Abends 8 1/2 Uhr: Treffen am Hauptbahnhof der Genossenschaft zur zweiten Befichtigung der Arbeitervereine. — Abends 9 1/2 Uhr: Treffen am Hauptbahnhof der Arbeitervereine.

Sozialistische Kinderfreunde. Kinderfreunde, Friedrichstraße, Sonntag, 1 Uhr. Schuppenplatz, beim Genossen Barthel, Palmstraße 14. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr. Befichtigung beim Genossen Vah.

Kinderfreunde, Wiesen. Sonntag, Tagewandlung in der Tharandter Wald. Treffen: 7 1/2 Uhr, Freitag, 4 Uhr, Sonntag, 10 Uhr. Befichtigung beim Genossen Vah. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, Freitag, 4 Uhr, Sonntag, 10 Uhr.

Internationales Treffen. Sonntag, 2 Uhr. Einweihung des Cottas der Arbeitervereine, Grotzstraße, Uelag, Petrus, Heberg, Verfassung des Cottas. Ab 6 Uhr abends Darbietungen der Arbeiter-Musikanten, der Jugend und der Kinderfreunde. — Abends 8 1/2 Uhr: Treffen am Hauptbahnhof der Genossenschaft zur zweiten Befichtigung der Arbeitervereine. — Abends 9 1/2 Uhr: Treffen am Hauptbahnhof der Arbeitervereine.

Sozialistische Arbeiterabend Groß-Dresden. In alle Gruppen. Alle Gegenstände, die für die Jugendarbeit gebraucht werden, müssen sofort an die Kreisleitung, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

Unserer heutigen Familienaufgabe ist ein Wappstein über Deutschlands geistliche Magazine „Smiling“ bei.

vorausgegangene Verletzung des Arbeiters Diple hingewiesen. Doch die spielte, da sie nicht unter Anklage stand, weiter seine Rolle. Ob sie wohl jemals unter Anklage stehen wird?

Veranstaltung für Weiterbildung. Unter diesem Namen wird in der Staatlichen Volkshochschule, Fochberg 3, 1., eine neue neuerrichtete Sprechstunde unter Mitarbeit des Verbandes für Jugendhilfe eröffnet. Sie dient dazu, bei

Freie Bahn dem Tüchtigen

Die Sozialdemokratische Partei ist stets für die Interessen der Beamten eingetreten, und die Freizeiten und Rechte, die sie heute genießen, haben sie in erster Linie der Sozialdemokratie zu verdanken. Gleichwohl gibt es einen großen Teil Beamter, die nicht nur den Reichsparteien nachlaufen, sondern auch eifrig darauf bedacht sind, daß ja keine Sozialdemokraten in die Beamtenstellen einzutreten, wie nachschleppende Wolke in der Sächsischen Staatsbeamtenzeitung beweist:

Die Angestellten der Preisprüfungsstellen

Anlässlich der Aufhebung der Preisprüfungsstellen hat die G.D.Z. (Gewerkschaft Sächsischer Staatsbeamten) unterm 20. Juli 1926 folgendes Schreiben an das Ministerium des Innern, Personalamt, gerichtet:

Durch das Reichsgesetz vom 10. Juli 1926 ist auch die Verordnung über Preisprüfungsstellen außer Kraft gesetzt worden. Damit hat sich die Tätigkeit der Angestellten der Landespreisprüfungsstellen und der Bezirksstellen in vollem Umfang erledigt. Wir bitten das Ministerium des Innern, Personalamt, um allen etwaigen Versuchen, die frei gewordenen Stellen in Beamtenstellen der sächsischen Staatsverwaltung unterzubringen, von allem Anfang an mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Wir fühlen uns zu dieser Bitte um so mehr verpflichtet, als uns der Fall der ehemaligen Regierungskommissare und deren Übernahme in Beamtenstellen der Gruppen IX und X noch lebhaft in Erinnerung ist.

Gleichzeitig dürfen wir unsern Erstaunen Ausdruck geben, daß kurz vor der Aufhebung der Preisprüfungsstellen, wovon Verhandlungen sichtlich schon längere Zeit auch mit der sächsischen Regierung geführt worden sind, noch am 15. Juni 1926 bei der Dresdener Preisprüfungsstelle neben dem vorhandenen Angestellten — Gruppe IX — an Stelle des verstorbenen Stellvertreters noch ein zweiter Angestellter — für Gruppe VII — angenommen worden ist.

Dieser wird in der Leipziger Volkszeitung folgendes bemerkt: Im Jahre 1919 wurden auf Veranlassung des damaligen Wirtschaftsministers Genossen Schwarz bei allen Reichshauptmannschaften Leberwahrungsausschüsse gebildet, die die Bekämpfung des Schleichhandels usw. zur Aufgabe hatten. Zur Leitung der Ausschüsse wurden bei jeder Reichshauptmannschaft zwei bzw. drei Angestellte berufen, die mit dem Wirtschaftsrat vertraut und politisch bei der Sozialdemokratie organisiert waren.

Nach der Auflösung dieser Leberwahrungsausschüsse wurden die Angestellten zum Landespreisamt bzw. der Landespreisprüfstelle berufen und später als Leiter der Bezirkspreisprüfstellen bestimmt. In den Personallisten wurden die fraglichen Personen zwar nur als Hilfsarbeiter bezeichnet, ihre Tätigkeit entsprach aber der Tätigkeit der oberen Beamten. Mit Recht kann wohl gesagt werden, daß es eine verantwortungsvollere und unauflösliche Tätigkeit im Verwaltungskörper der sächsischen Behörden, als sie die Angestellten in den Leberwahrungsausschüssen oder Bezirkspreisprüfstellen zu erledigen hatten, kaum gegeben hat. Zum Schutze der Verbraucher, also auch jener Beamtenkreise, die sich heute für den Abbau der Angestellten einsetzen, werden die Stellen geschaffen worden. Ohne sich wehren zu können, waren die betreffenden Angestellten den rücksichtslosen Angriffen der Wirtschaftsorganisationen und den Frechheiten raffinierter Sandbige ausgesetzt. Trotzdem haben sie für die Verbraucher viel Gutes geschaffen. Noch mehr hätte erreicht werden können, wenn im ganzen Reich in den Preisprüfungsstellen Sozialdemokraten bzw. Personen gewesen hätten, die sich verpflichtet fühlten, im Interesse der Verbraucher zu arbeiten, und wenn die maßgebenden Stellen nicht oftmals verfaßt hätten, indem sie den Forderungen der Wirtschaftskreise entgegensetzten. Der beste Beweis für das Fortgeschritten sein der Preisprüfung ist der von der Reichsregierung fortgesetzt angeordnete Preisabbau, wovon die arbeitende Bevölkerung bis heute nichts gemerkt hat. An Stelle des Preisabbaus ist nun der Abbau der Preisprüfungsstellen und die Entlassung der Angestellten getreten. Der Wucher hat seine Schamlosigkeit getan, er kann gehen.

Von dem reaktionären Geist gewisser Beamtenkreise zeugt nun die Eingabe der Gewerkschaft Sächsischer Staatsbeamten. Kaum war am 23. Juli die Bekanntgabe der Verordnung der Reichsregierung über Aufhebung der Preisprüfungsstellen erfolgt, und schon wenige Tage später lief die genannte Beamtenorganisation gegen die Weiterbeschäftigung der sozialdemokratisch gesinnten Angestellten Sturm. Freie Bahn dem Tüchtigen! Daran denken viele Beamte nicht. Ihr Hauptstreben ist, Beförderung und hohes Gehalt. Die Arbeit überläßt man gern anderen Personen. Man beachte aber auch, mit welcher Heftigkeit im letzten Absatz der Eingabe eine Maßnahme der Regierung kritisiert wird. Zu Auguste Zeiten hätten sich die Beamten eine solche Kritik sicher nicht erlaubt. Es wird höchste Zeit, daß die Beamtenchaft auf ihre republikanische Einstellung geprüft wird.

Sachsen

Der neue Landtagspräsident

Genosse Albert Schwarz ist am 26. September 1876 in Leipzig geboren und von Beruf Tischler. Seit dem 18. September 1907, dem Antritt seiner Geschäftsführertätigkeit beim Deutschen Metallarbeiterverband, hat er seinen Wohnsitz in Heidenau. Seit dieser Zeit hat er sich auch als Mitglied der Partei und Gewerkschaft unermüdet betätigt. Bei Ausbruch der Revolution wurde er Volksbeauftragter für das neu geschaffene Arbeitsministerium. Im Januar 1919 löste ihn selbst ab, während Schwarz das Wirtschaftsministerium übernahm, das auch in den beiden Kabinetten Cuno und in den beiden Kabinetten Brüning in seinen Händen blieb. Dem Landtag gehörte er seit der Revolution ununterbrochen an; in Heidenau bekleidete er das Amt eines unbesoldeten Stadtrats. Während seiner Ministerstätigkeit und später war er, wie alle führenden Genossen, den widerwärtigen und geschäftigen Angriffen seiner Gegner ausgesetzt. Alle Anfeindungen und Anschuldigungen prallten aber an der Lauterkeit und Rechtfertigkeit unseres Genossen Schwarz ab. Die zeitliche Wahl zeigt ja auch, daß er sich die Hochachtung selbst des politischen Gegners erworben hat. Wir wünschen unserm Genossen Schwarz bei Übernahme seines neuen leichtesten Amtes die eifrigste Gesundheit, über die er früher verfügte, und hoffen, daß er erfolgreiche Arbeit für das sächsische Proletariat wird leisten können.

Schule und Wohlfahrtsgeles

Die Mängel des Sächsischen Wohlfahrtsgeles

Die Lehrerschaft des Bezirks Chemnitz-Land hat eine Entscheidung angenommen, die deutlich die Mängel des Sächsischen Wohlfahrtsgeles herausstellt. Es heißt in dieser Entscheidung: Im Sächsischen Wohlfahrtsgeles sind wichtige Forderungen der Lehrerschaft nicht berücksichtigt worden. Die Schule nimmt für sich in Anspruch, daß die erziehende Arbeit der Hauptteil ihrer Tätigkeit ist. Dieser Bedeutung der Schule für die Jugendwohlfahrtspflege ist im Sächsischen Wohlfahrtsgeles nicht Rechnung getragen.

Der Selbstverwaltungskörper des Bezirksfürsorgeverbandes errichtet neben dem Wohlfahrtsamt ein selbständiges Jugendamt, zu leitenden Personen im Jugendamt sind Lehrer zu berufen.

Lehrerschaft und Jugendamt haben im Interesse der Jugendwohlfahrt Hand in Hand zu arbeiten. Die Lehrerschaft muß eine

stärkere Vertretung im Landesjugendamt anstreben, ein Lehrer kann die verschiedensten Interessen der Jugendwohlfahrtspflege nicht beherrschen und vertreten. Die Lehrerschaft muß die Landeswohlfahrtsamt ihrer Organisation einbringen, um dem Besondere des Bezirks angehören zu können. Die Arbeit des im besonderen Maße im Dienste der Jugendwohlfahrt stehenden Lehrers ist auf die Pflanzschulung anzuerkennen.

Die Frage der Anstellung eines hauptamtlichen Jugendpflegers an größeren Berufsschulen ist zu erörtern. Unschädlich der Errichtung einer solchen Zentralstelle ist der Klassenlehrer der berufliche Jugendpfleger und Erzieher. Eine besondere wohlfahrtsgelesmäßige Ausbildung der Jugendlehrer ist zu fordern. In den Besprechungen der Klassenlehrer haben die Forderungen und Fragen der Jugendwohlfahrt einen größeren Raum einzunehmen.

Der Lehrer eignet sich in besonderem Maße zum Jugendhelfer. Der Klassenlehrer ist bei der Verhandlung gegen den jugendlichen Angeklagten auszuweisen und ist zu hören. Der jugendliche Zeuge ist nur einmal zu vernehmen, Frage und Antwort sind zu stenographieren. Die Vernehmung hat ein besonders vorgebildeter Jugendrichter durchzuführen.

Der Lehrer hat mehr als Helfer als Helfer zu gelten bei Jugendlichen, die unter Schulaufsicht und Fürsorgezuehung stehen, ebenso als Berater des Hilfsrichters. Die Schule ist der Mittelpunkt aller Wohlfahrts- und Erziehungsmassnahmen. Das wird sie um so mehr sein können, je mehr sie zu einer Lebens- und Erziehungsgemeinschaft wird.

Stadt- und Landbevölkerung in Sachsen

Trotz den Bestrebungen, den Zug vom Lande in einen Zug aus der Stadt auf das Land umzuwandeln, zeigte die Volkszählung vom 16. Juni 1925 doch, daß seit 1910 das Verhältnis der Stadtbevölkerung zur Landbevölkerung wiederum zuzunehmen der Landbevölkerung verschoben wurde, wenn auch nicht so stark wie in früheren Jahren. Sachsen macht allerdings davon eine Ausnahme, denn hier hat sich das Verhältnis nicht verschoben. Aber in den meisten Teilen Deutschlands war der Zuwachs der Stadtbevölkerung stärker als der der Landbevölkerung. Bei den nachstehenden Aufstellungen sind die Bewohner der unter 2000 Einwohner gehörenden Ortsgemeinden als Landbevölkerung, und die anderen als Stadtbevölkerung bezeichnet, die Ortsgemeinden selbst aber als Landgemeinden und Städte. Dabei ist unberücksichtigt geblieben, daß es Städte mit weniger als 2000 Einwohnern gibt. Im Freistaat Sachsen wurden am 16. Juni 1925 gezählt:

voraussehen. Auch die Genossenschaften haben ihre Eisfelder voller Fische. Bei denen ist noch viel größere Unsicherheit. Erst vorige Woche sind dort die Leiter verhaftet worden. Roskau hat mich auf diesen Plag gestellt und wußte, daß ich kein Hochmann bin. Ich habe aber alles getan, was zu tun war. Ihr werdet ja mit der Zeit selbst sehen."

"Ja, wir werden sehen", antwortete Bessmer und wollte mit seiner Kritik beginnen, als sich die Tür öffnete und Granach, der Lagerverwalter des Hauptangplatzes, mit großen Schritten ins Zimmer trat. Granach war über vierzig Jahre alt, deutscher Kriegsgefangener, litt schwer an Malaria und war diesen Abend mit der Parkasse in die Stadt gekommen.

"Hallo," sagte er, "wir haben hohen Besuch... Aber Baulitsch, warum bekommen wir kein Mehl? Unsere Leute können und wollen nicht arbeiten, wenn sie nichts zu heißen haben. Auch Rapptha brauchen wir für die Parkasse."

"Steht es so schlimm?" fragte Moser.
"Neh viel schlimmer", antwortete Granach kurz und wandte sich an die Gäste: "Ihr kommt aus Roskau? Habt ihr neue Mehl mitgebracht? Oder sollen wir im Herbst mit den Händen fangen?"

"Rehe sind unterwegs, auch Salz und Lederkleidung", antwortete Bessmer. "Wir fahren heute nacht mit ins Gangebiet. Wann fährt die Parkasse?"

"Am Witternachts. Wer wir brauchen Mehl", knurrte Granach.

"Mehl kommt morgen", sagte Bessmer. "Gurwitsch bleibt in der Stadt und muß Fische verkaufen. Ruck, ruck."

"Wähig," sagte Granach, "aber es kann jeden Tag losgehen. Wir brauchen auch Chinin. Zwanzig Leute haben die Malaria."

"Chinin ist genug da", fiel Baulitsch ein und fragte: "Soll ich mitfahren, Bessmer?"

"Nein, wir fahren zuerst allein. Du kannst morgen mit dem Mehl nachkommen. Wir wollen uns erst draussen über die Dinge informieren, ehe wir weiter über den Bericht verhandeln."

"Nun gut", sagte Baulitsch und war wie umgewandelt. "Ich bringe auch Tabak mit und Tee."

"Und Rapptha!" rief Granach.
"Natürlich", antwortete Baulitsch und verabschiedete

4998 138 Einwohner (1. Dezember 1910: 4906 (111) wohnen in den 2058 Landgemeinden 1190 055 = 23,9 Prozent (1. Dezember 1910: 1 149 848 = 23,9 Prozent), und in 800 Städten 3 800 083 = 76,1 Prozent (1. Dezember 1910: 3 894 111 = 76,1 Prozent). Sie verteilen sich auf die Kreisoberhauptmannschaften wie folgt: Dresden: 1 893 868 Einwohner (1. Dezember 1910: 1 850 281) = 25,3 Prozent (1. Dezember 1910: 342 717 = 25,4 Prozent) in den 60 Städten 1 041 451 = 74,7 Prozent (1. Dezember 1910: 1 007 570 = 74,6 Prozent). Leipzig: 1 309 233 Einwohner (1. Dezember 1910: 1 234 623) = 25,0 Prozent (1. Dezember 1910: 443 017 = 23,4 Prozent) in den 63 Städten 1 002 216 = 23,0 Prozent (1. Dezember 1910: 860 476 = 23,0 Prozent). Chemnitz: 976 408 Einwohner (1. Dezember 1910: 920 548) = 18,6 Prozent (1. Dezember 1910: 142 860 = 15,5 Prozent) und in den 63 Städten 833 548 = 16,5 Prozent (1. Dezember 1910: 777 674 = 15,5 Prozent). Zwickau: 855 336 Einwohner (1. Dezember 1910: 857 620) = 17,1 Prozent (1. Dezember 1910: 180 743 = 21,1 Prozent) und in den 73 Städten 674 593 = 13,6 Prozent (1. Dezember 1910: 667 916 = 13,6 Prozent). Bautzen: 402 216 Einwohner (1. Dezember 1910: 443 549) = 8,9 Prozent (1. Dezember 1910: 100 372 = 12,0 Prozent) in den 42 Städten 263 301 = 52,9 Prozent (1. Dezember 1910: 258 177 = 52,1 Prozent).

Der schimpfende Bauer

Eine Lehre für Bierbrennpolitiker

Dem Gutbesitzer R. in Gurdorf bei Penig erziehen die Stämmchen in der Gutswirtschaft der geeignete Ort, seiner Anwesenheit und Lederfreundlichkeit öffentlich Ausdruck zu verleihen, zu sich Erleichterung zu verschaffen. Mit einer Verlesung des Bierbrenners beginnt seine Rede an die Gäste:

"Arbeiter, Beamte und Lehrer zahlen überhaup nicht die Lumpen. Wer zahlt die Steuern? Wir dummen Bauern nur wir Bauern bezahlen sie." Nachdem die Steuerfrage behandelt ist, geht er zur Arbeitsleistung über: "Die Lehrer arbeiten überhaupt nur ein Vierteljahr, diese Bauern. Immer nur Ferien, diese großen Faulenzer, diese Lumpen, sie sollten arbeiten lernen." Und schließlich äußert er seine Wut über die Junglehrer, die Kommunisten, die bloß die Geschäfte der kommunikativen Regierung (!!) besorgen und dafür große Monatsgehälter erhalten."

Der Bezirkslehrer, dem von dem Vorgang Kenntnis gegeben worden war, stellte Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung; der Staatsanwalt nahm sich der Sache an. Er erhielt einen Strafbescheid über 50 M. und das Bezirksgericht hat den Urteil zu verhängen. Der "dumme Bauer" war so klug, die Strafe zu unterwerfen, zufrieden, daß er nun wenigstens Grund hat, über die Milde der kommunikativen Regierung zu schimpfen?

Um eine Stimme!

In Proßlau waren bei der Gemeindevorstandswahl für jede der beiden Parteien 468 Stimmen ausgeteilt worden. Das Los, das den 15. Sitz entscheiden sollte, fiel auf die bürgerliche Seite. Eine Arbeiterstimme mehr, und drei Jahre lang wäre die Mehrheit für die Arbeiterchaft gesichert gewesen.

Auch in Steupitz entschied eine Stimme Mehrheit die Bürgerlichen 906 Stimmen und errangen 7 Sitze während die Linksparteien 906 Stimmen und nur 6 Sitze errangen.

Herabsetzung der Hypothekenzinsen

Wie wir erfahren, hat die Landesherabsetzungsausschuss für den Zinsfuß für ausleihende Hypotheken ab 1. Januar 1927 um 2 Prozent herabgesetzt. Offenbar folgen diesem Vorbilde bald die übrigen Hypothekengeber.

Schärfere Bestimmungen über die Kleintierhaltung. Verschiedene Gemeinden haben in letzter Zeit die Haltung von Kleintieren (Kaninchen, Geflügel) wegen "Geruchsbelästigung" verboten. Das sächsische Wirtschaftsministerium warnt jetzt vor allzumahen Verböten, die auch die ersten und gewissenhaftesten Züchter treffen, und empfiehlt den Gemeinden, vor Erlass eines Verbots mit der Landratskammer in Verbindung zu treten, die sich ihrerseits mit den zuständigen Landesverbänden wegen Stellung der Verbotsstände in Verbindung setzen wird.

Eine Umlage bei Viehhältern. Zur Deckung des Aufwands für Entschädigungen bei Viehverlusten durch Seuchen und bei sonstiger gewerblich geschädigten Tieren hat das Wirtschaftsministerium die Erhebung einer Umlage bei Viehhältern von Einhufern und Rindern in Höhe bis zu 5 M. eingeführt, die bis zum 10. Dezember d. J. zu zahlen ist.

Geldkreditbriefe der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden. An der Dresdener Börse gelangte die Reihe VIII der achtprozentigen Geldkreditbriefe (10 000 000 Goldmark) der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden zur Einführung. Der erste Kurs stellte sich bei reger Umfahrtigkeit auf 98 Prozent.

Der große Fischzug

Erzählung von Max Barthel

Bessmer und Grischka bummelten weiter und sahen die Schätze von Astrachan: ganze Fische getrocknete Fische, Lammfelle, Pelze, Tabak und aus den honigsüßen Dosen der Wüste die herrlichsten Früchte: gelbe und blaue Weintrauben, die größten Ketten des Pfeffer, steile Bügel saftiger Melonen und flache Körbe blutvoller Granatäpfel. Zwischen den Obstbergen gingen die Kolonisten demütig einher, die armen Varias der Stadt Astrachan, junge und alte Männer in Lehmgroben, gestreiften Mänteln, auf den hohen Schädeln Lammfellmützen. Auch Berber konnte man sehen, stolze Tataren, geschäftige Juden, verleierte Frauen, blonde Russen, Kirgisen, Tscherkesen und Armenier. Und alle wandelten in den schweren Wolken über Gerüche, die vom Kanal aufstiegen. Fische, Fische, Fische in der Wolga, im Kalbischen Meer, Wüste, Sumpf, Steppe, Malaria und Wüstewind. Das war die Stadt Astrachan. Diese Stadt dachte in Fischen, diese Stadt rechnete und lebte in Fischen — das erkannte Bessmer schon auf diesem planlosen Streifzug.

Auf dem Heimweg sah er mitten im Marktgedränge eine alte Frau, die sich demütig unter Anrufung aller Rechtsabubigen in den Schmutz beugte und mit der gelben Stirn auf der Erde aufschlag, leise wimmerte, jähend Gott und die Menschen beldavor und bettelte. Diese Frau war ungefähr sechsundachtzig Jahre alt. Ihr zur Seite spielte ein kleines Kind im Adress. Das Kind war ungefähr drei Jahre alt und hatte rote, heftig entzündete Augen. Bessmer war mit-leidlich, aber Grischka lachte nur über die wimmernde Frau.

Am Abend gab es nun die erste große Sitzung über die Lage der Fischerei. Baulitsch erstattete Bericht. Die große Artie des Landes hatte auch Astrachan erfährt und schüttelte sie wie er als die Malaria. Die Juden, die sonst immer aus dem weiten Land zum Verkauf gekommen waren, blieben aus und hatten nur vorsichtige Ervone geschickt. Darüber sprach Baulitsch lang und breit, aber er war jetzt nicht mehr der überlegene Mann wie bei der ersten Versammlung. In seinem Gesicht zitterte ein dunkler und unsicherer Ton.

"Nathan wirst mir vor, ich hätte im Sommer verkaufen können." Ichoh er, aber wie war denn die Lage? Die Preise liegen jeden Tag und kein Mensch konnte den großen Sturz

sich. Granach aber erzählte bei unzähligen Gläsern Tee von der Fischerei und seinen Wäden. Grischka hatte gelacht und aus dem Lager neue Kleider geerbt und führte sie in der Stadt zu zeigen und kam erst spät nach Hause. Moser war müde und am fahlen Tisch, den Kopf in den Armen, eingeschlafen. Am Witternachts kam der Parkassenführer und hielt die kleine Korawane ab. Auch Grischka war unter den Verenden. Das kleine Schiff stand schon unter Dampf und glitt ruck in die warme Nacht hinaus, die Wolga aufwärts.

Das Abenteuerblut begann in Moser zu kühlen. Seine liebenswürdigen Jahre tropfen von diesem Wut, und er erzählte auf der nächsten Wochensahrt von Zibirien. Er Männer sprachen deutsch. Zuerst hörte Grischka gelangweilt zu, dann rollte er sich wie ein Hund zusammen und schlief bald ein. Die Wolga gurgelte leise. Räder und Signal-laternen blühen auf. Moser war schon sieben Jahre in Russland und sprach Russisch so gut wie seine Heimatssprache. So wenn er deutsch sprach, mußte er mitten im Sargau innehalten und nach dem richtigen Wort anstrengt finden. Seine Frau war eine Polakfirin und sah mit zwei Kindern im fernen Roskau.

"Die Wolga," begann Moser und seufzte. "Wenn ich die Wolga sehe, muß ich an die sibirischen Ströme denken, an den Vater Zemisei und an den großen Arktisch."

"Ach, die Welt... Einmal war ich in Barnaul, und über Nacht wurde die Stadt von den Weichen befehlt. Zwei am anderen Tag wurde ich bei einer Kazwa verhaftet."

"Was bist du für ein Mensch?" fragte mich der Hauptmann.

"Sprachlehrer," sagte ich, "englischer Sprachlehrer, und Hochwühlgeboren", denn ich halte vor einiger Zeit in einem verlassenen Haus eine englische Grammatik aufgefunden. Das waren meine ganzen Beziehungen zu England."

"Lauf zu," sagte der Hauptmann, als er wenig nachgedacht hatte, "lauf zu, Anrecht, und melde dich am Abend dem Obersten Lanfemitsch."

Der Anrecht lief zu und meldete sich am Abend.

Lanfemitsch war ein alter Mann, schon über siebenzig Jahre alt und kam mit der Weigen nach Barsoul und war auf der Flucht nach Amerika. Mit seinen Gassen Kindern mußten... Verrückte Welt! Der Clerk kam aus Moskau, aber die neue Revolution hatte ihn nach Sibirien gejagt.

(Fortsetzung folgt.)



Der große Andrang beweist, daß wir mit unserem **Großverkauf zu**

Einheitspreisen

das Richtige getroffen haben. Benutzen Sie diese **äußerst günstige Einkaufsgelegenheit**

50

95

1⁹⁵

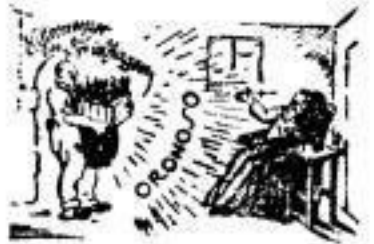
2⁹⁵

Kaufhaus Julius Caspar

Hechtstraße 14 Dresden-Neustadt Rehefelder, Ecke Bürgerstraße

Frisches Kalbfleisch 100
 Frisches Schweinefleisch 100
 Hammelroulade 100
 Gulasch 100
 Gewiegtes vom Rohbein 100
 Stab 45 bis 47 Stab 45 bis 47
 Max Weinbig, Metzgermeister im 178

Neustädter Markthalle



ORONOSO feurig süß

Ein Labsal als Dessert, Frühstücks- und Krankenwein.
 ORONOSO, die schönste Annehmlichkeit
 ORONOSO, ein Strengeltrank bei munterem
 Licht und fröhlicher Jagd
 Die größte Freude bereitet als Geschenk
 eine Sendung ORONOSO
 ORONOSO, das Getränk, welches in an-
 geschämter Weise erfrischt und anregt
 ORONOSO, die wundervolle Gabe für Kranke
 und Schwache
 ORONOSO, ein guter Freund und Helfer bei
 Trübsal und bei köstlicher Laune
 ORONOSO, wirklich gut: bekömmlich nach
 erster Arbeit kräftigen Sport und nach
 frühen Festen
 ORONOSO für den geschwächten Körper und
 die erschöpften Nerven, ein nahrhaftes
 und heilsames Labsal.

C. Spielhagen, Dresden

Hauptgeschäft: Annenstraße 9
 Filialen: (1929)
 Bautzner Str. 9 • Galeriestr. 6

KLEIDERSTOFFE



die Stärke
 unseres Hauses
 können wir Ihnen jetzt
 in unerreicht grosser
 Auswahl
 zu
 überraschend mässigen
 Preisen
 in allen Modifarben,
 Modestoffen und Qualitäten
 in unseren Parterre-
 räumen zeigen.

Alberg

Wilsdruffer-Strasse 6-8-10



Mützen

für Straße, Sport und Beruf
 zu anerkannt billigsten Preisen
Strabburger Hut-Bazar
 Wettinerstr. Ecke Große Zwingstr.

Kredit
 Herren-
 Wohn-, Schlaf- und Speiseszimmer
Moderne Küchen
 Einzelne Möbel
 sowie ganze Ausstattungen
 Ampeln u. Kronen für Gas u. Elektrisch
 Eiserne Betten
 für Kinder und Erwachsene
 Bureau- und Korbmöbel usw.
Manufakturwaren
 Gardinen, Tisch- und Steppdecken
Schuhwaren
 für Herren, Damen und Kinder
Garderobe
 für Herren, Damen und Kinder
Kleine Anzahlung!
Bequeme Raten!
 With **Ritter & Co.**
 Kredit-Kaufhaus
7 Moritzstraße 7
 1. bis 4. Etage.

+ Gumm. + Georg Kayser
 machen aller Art lauten
 Damen und Herren un-
 geniert im 1929
Gummwarenhaus
"Diskret"
 Freiburgerplatz 8
 (Gepardte Veremung)

Von Bekleidungs- und georgane Carderobe
 und georgane Schuhe
Maß-Anfertigung von 10 an
Maß-Jackotten von 3 an
Wintermäntel von 10 an
 Ich habe! Ich habe! Ich habe!
 Carderobehaus zur billigen Quelle
 Am See 11 (am Postplatz) 1929

Die Gasstube ist
 bequem, sauber und billig.
 Um jedem die Anschaffung zu
 ermöglichen, werden
Prometheus Gasherde
 u. Gaskocher
 die besten ihrer Art
 mit **Milchweiser**
 in verschiedenen
 Ausführungen
 Dresden-R. Bredt & Co. Lindenstraße 18
 Gebr. Eberstein, Rilmarkt 7
 Gebr. Göhler, Grosse Straße 16
 Kießling & Jähleiner, Waisenstraße 8
 Dresden-R. Gebr. Glasse, Neustädter Markt 7
 Keckers Sohn, Körnerstraße 13

Inferieren bringt Gewinn!
 Brauchen Sie
Schuhwaren
 irgendwelcher Art?
 Sie finden diese in größter Auswahl in dem seit
 länger als 50 Jahren bestehenden Schuhhaus
F.H. Erdmann
32 Schäferstraße 32
 Verkauf erfolgt mit bescheidenstem Nutzen. — Bitte
 meine drei Schaufenster besichtigen zu wollen. (1929)
 Kl. Geschäftsspezies, daher niedrigste Preise

Radio Ludwig
 Kom.-Ges.
Radio-Anlagen
 in allen Preislagen und Ausführungen erhalten Sie, auch
 gegen Teilzahlungen, nur im Radio-Spezialgeschäft
 Ruf 23920 **Viktoriastraße 20** Ruf 23920
 Interessenten erhalten Vorführungen auch außerhalb Dresdens
 zu jeder Zeit unentgeltlich
Am meisten freut an deiner Bude mich
Der Apparat vom Radio Ludwig.
 Vertrieb v. Lautsprechern aller Systeme draht- u. drahtlos
 Fachmännische Beratung, Beantwortung und Beantwortung der Bestel-
 lungen kostenlos.
 Drachten Sie unseren Stand auf der „Draht“ im Volkshaus
 Teichstrasse

Lichtspiele Freiburger Platz

Täglich der große Erfolg! **Erstaufführung!**
Das neueste Abenteuer des genialen
Meister-Detektivs

Stuart Webbs

in
Das Geheimnis einer Stunde
6 Akte Spannung bis zum Schluß.

Dazu:
Lach dich gesund 2 Lustspiele 4 Akte
gesund tollsten Humors

Sonntag, nachm. 1/2 Uhr: **Jugend-Vorstellung**
Die Teufelsanbeter 6 Akte aus Indien nach
Karl Mays Erzählungen

Einlaß 4 Uhr
Beginn 1/5, 1/7 und 1/9 Uhr.

Umlans
Halla-Theater
Paul Beckers in
Heinrichverreist
Toller Schwank
Sonntag nachm. 4 Uhr
Küster: Halbes Preis!
Lachstüme draussen!
Wochentag Sonntags
nachm. Komplet, gut!

Puppenwagen
Zeilanführung über 5 Gros.
Dietrich, 2. Lilienn. 8. 10/27

Unnachahmlich
sind meine
Vorteile in
Bettbezügen:
in Stoff 2 m in 3,50
mit 1 m in 2 m 4,50
Bettlicher 3,50, 2,75
Bettlicher 2 m in 6,00
mit Bettlicher in Stoff
mit Goussineten, beste
Cottons, sehr preisw.

Leibwäiche
Damenhands 0,95
Seitliche 1,10
Gründliche 1,90
Gründliche 2,25
Unterrocke 1,90
Wäucherbomb. 1,50

Textil-Störer
22 Dresden-A. 22
22 Brunner-Str. 22
Fabrik Scherzstraße

Der neueste russische Großfilm Die Bärenhochzeit

Ein Vorspiel und 6 Akte
Erstaufführung: Freitag den 26. November. 4.15, 6.30, 8.45 Uhr
**Nach dreimaligem Verbot
von der Zensur freigegeben**

Die russische Filmindustrie hat es verstanden, sich durch ihre
eigenartigen Produktionen innerhalb kürzester Zeit Weltgeltung zu
verschaffen. Ihre Spitzenfilme haben nicht nur den deutschen, son-
dern auch den internationalen Filmmarkt in berechtigtes Staunen
versetzt. Die bisherigen russischen Filmwerke haben alle be-
geistert. Ihr neuestes Werk:

Die Bärenhochzeit

wird alles Dagewesene übertrumpfen. „Die Bärenhochzeit“ ist ein
Werk von unachahmlicher künstlerischer Vollendung und weit-
tragender Bedeutung auf dem Gebiete des dramatischen Films. Seine
realistische Darstellung menschlicher Triebe im Unterbewußtsein hat
schon heute im Nachrichtendienst der Tages- u. Fachpresse begeister-
ten Widerhall gefunden. **Nach dreimaligem Verbot wurde dieser
Film mit einem Ausschnitt von nur 4 1/2 Meter zensurlosiert.**

Im Beiprogramm: **Buster Keaton auf der Börse.**
das Lustspiel: **Buster Keaton auf der Börse.**

Alhambra Lichtspiele

Fernspr. 28 827 (Tivoli) Wettinerstraße 12

Schweizerhäuschen

Großer Damenball
am Sonntagabend
7 Uhr

Schulorchester - Aufführung
von Steglische Geigerschule
am Sonntagabend, Pirmische 8 1/2 Uhr
Liedert. gegen Entnahme eines Pro-
gramms 2 1/2 Res. Plätze. 4 1/2 am Sonntag.

Blüthum Rüdrik
Kollie Blüthum Rüdrik
am Sonntagabend 7 1/2 und Sonntag 4 Uhr
Große Ballfeste!
Die verheiratete Hausfrau spielt
Blas- und Streichmusik

PALAST THEATER

ALAUNSTR. 28
Heute Freitag bis mit Montag:
Der große Lustspielschlager
Die **geschiedene Frau**
Nach der weltberühmten Operette
von Viktor Léon. Musik von Leo Fall
7 Akte mit: 7 Akte
Mady Christians
Bruno Kasner Walter Rilla
Marcella Albani
Außerdem:
Ein gutes Beiprogramm.
Vorstellungen
Wochentag: 6 1/2, 8 1/2 Uhr
Sonntags: 4, 6 1/2, 8 1/2 Uhr.

Radio-Barth
Rosenstraße 7
Aeltestes Spezialgeschäft
für Einzelteile u. Zubehör
zum Selbstbau
Detektoren u. Röhren, Apparate aller Größen
Besuchen Sie den Stand auf der **Drafa**
Preisliste über 1000 Teile gratis
Referenzen vieler staatlichen Behörden

Der Rutsch nach unten
ist noch nicht beendet. Ich hätte Gelegenheit, in letzter Zeit außer-
ordentlich günstige Voraussetzungen auszunutzen. Durch mein Verkaufs-
vermögen:
„Schnell hinaus“
möchte ich besonders niedrige Preise. Wenn Sie Schuhe brauchen,
kaufen Sie an
Schuh-Oestreich
Seit 24 Jahren ist Schuhfabrik mit kleinen Werken bekannt.
Lager: Jahnstr. 5, am Wettiner-Bahnhof (7 Schuhmacher)
Lager: Königsbrücker Str. 10, am Albertplatz (8 Schuhmacher)
Lager: Frauenstr. 24, bei Schillerstraße, im früheren Berg-
haus, mehrere Schritte vom Altmarkt (4 Schuhmacher)

Fahrräder
große Auswahl
bekannte Marken
Anzahlung 10 Mark
Wochentag 3 Mark
Haare, Palmstr. 19, 2

Von **225**
an
**Mantel- und
Ulster-**
Stoffe wegen Aufgabe
zum 1/2 Preis
Textil-Störer
Gruner Str. 22
Laden

Wenn's
niemand macht
Dewald Nachts
**Möbel
billig!**

Küchen
Grober Kasten
Herrenzimmer
Speisezimmer
Schlafzimmer
Eckfenster
von 35 M. an

Fingerringe
von 40 M. an
Süßfett
Eiche und Buchen
250 M.
Eingelmebel
Soliden Zeiten ent-
Zahlungserleicht.
Hoh. Kassenrabatt
Möbel-Nachts
Danzlauer
Raubachstr. 31, 1.
Ecke Bübner Str.

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G.

Zweigniederlassung Dresden

Neu aufgenommen: Kokosfett „Edezetin“

die Marke der Einkaufsgesellschaft deutscher Zweiggeschäfts-Betriebe im Lebens-
mittelhandel m. b. H., der wir angeschlossen sind
**Jedem Konkurrenz-Erzeugnis an Güte, Reinheit und Fettgehalt eben-
bürtig, aber wesentlich billiger:**

70 Pf. je 1-Pfund-Tafel
38 Pf. je 1/2-Pfund-Tafel

Dr. Boemer's allerfeinste, mit Sähen
Rahm hergestellte
Tafel-Margarine **Fama die Feinste** vollwertiger
Schwan im Blauband Butterersatz 120
Sehr gute billig. Sorten 1 Pfund 100
7 Pfund von 64 an

Schweineschmalz bestes nordamerikanisches Turelard von aller-
ersten Abladern und in frischer Beschaffenheit 82
1 Pfund

Allerfeinste Molkerei-Tafelbutter 1/2-Pf.-
stück 110

Besonders vorteilhaftes Angebot!

Echte Frankfurter Brühwürste Paar 50
Kösliner Blut- und Leberwurst Pfund 100
Dicker geräucherter amerikan. Rückenspeck 130
Sehr saftiger u. milder Kaseler Rippenspeer 180
Feinster gekochter Schinken 280

Schott. Vollheringe — **Große schottische und holländische**
Pfund 45 Pfennig **Heringe (viel mildene)**
Pfund 60 Pfennig

Auf den vollen Betrag vorstehender Preise gewähren wir **Einkaufs-
Gutscheine**, die am Jahreschluß mit
6% Rückvergütung
in bar ausbezahlt werden.

